

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 34.

Dresden, Dienstag den 11. Februar 1913.

24. Jahrg.

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Nr. Zwingerstraße 14, U. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Nr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Anzeigen müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Das Dresdner Kriegsgericht sprach den Redakteur des Vaterlands, Major a. D. Reihner, von der Anklage der Bekehrungsleidigung frei.

Der alte Haber zwischen Hohenzollern und Welfen soll durch eine Heirat beigelegt werden.

Bei Janina sollen die Griechen eine neue Schluppe erhalten haben.

Weil das japanische Parlament abermals vertagt werden sollte, kam es in Tokio zu Straßenunruhen.

In Mexiko hat sich ein neuer Diaz zum Präsidenten proklamiert.

Erneuerte Kriegshetze und polnische Volksbewaffnung.

th. Wien, 10. Februar.

Um das Handschreiben des Kaisers beginnen sich Legenden zu spinnen. Legenden, die von den geschickten und klugen Händen der Wiener Kriegspartei und ihrer journalistischen Helfershelfer geknüpft werden. In der Wiener Presse und in der von Wien aus bedienten deutschen Presse werden seit einigen Tagen Gerüchte auf, die über eine Abreise, die eine abweisende Aufnahme des Prinzen Hohenlohe in der Hauptstadt des Reiches berichten. Man habe gegen alle Regeln der Höflichkeit unterlassen, ihn zur Familienfeier nach Jaroslaw zu laden, ja der Tafel des österreichischen Vorkaisers sei der Minister des auswärtigen Angelegenheiten ferngeblieben. Beschäftigt wird dies und anderes herumgetragen, und jede politische abweisende, feindselige Äußerung eines Wiener Blattes oder Moslauer Blattes findet in den Wiener und Budapest Verblättern vielfältigen Widerhall. Das Ganze aber wird gesammelt zu einem Anlagematerial gegen den Grafen Verchtold. Denn dieser ist den Herren, die sich um das Schicksal des Thronfolgers gruppieren, schon lange verdächtig als ein Nachgeborener, als ein Schwächling, der die Ehre der Monarchie preisgibt, weil er nicht in dem Maße, wie es den Herren erwünscht wäre, den Säbel im Mause führt.

Namentlich wird dem Grafen vorgehalten, er habe Österreich-Ungarns Interessen in Albanien in die Schanze geschlagen. Seine Pflicht wäre gewesen, festzustellen, daß es auf dem Balkan nur eine interessierte Macht gäbe, nämlich Österreich-Ungarn, und daß daher diese die Grenzen des neuen Albanien aus eigenem feststellen dürfe und müsse. Albanien, so sagen unsere Kriegshetzer, hätte in solchem Umfang ausgefallert werden müssen, daß es Serbien das Gleichgewicht zu bieten imstande wäre.

Geradezu mit Betrübniß muß es erfüllen, wenn man sieht, wie so viele, die sich sonst die klare Vernunft zu bemerken und den Grafen Verchtold gegen die Kriegspartei zu verteidigen, in der albanischen Frage Maß und Urteil verlieren. Oder muß man nicht erklaren, wenn die Neue Freie Presse in demselben Artikel, in dem sie Alarm schlägt gegen die Wiener Kriegspartei und überzeugend darlegt, wie diese Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn in aller Welt Argwohn und Abneigung angehäuft hat, dann doch zum Schluß darlegt, daß es notwendig sei, für Albanien eine breite ethnologische Grundlage zu finden. Als ob dies so leicht wäre, als ob es eine Statistik der Mischungsverhältnisse im Grenzgebiet der Balkanvölker gebe, als ob es irgend eine Wahrscheinlichkeit für sich hätte, daß die Serben nach ihrem Siege das gemischtsprachige Land an Albanien ausliefern würden!

Man sieht, wohin alles dies gerichtet ist. Graf Verchtold, dessen Schwäche und Unbedeutendheit sich von den ersten Tagen des serbischen Konflikts durch die Kriegspartei, ja durch seine eigene Presseabteilung zu bedenklichen Schritten hat verleiten lassen, will letzten Endes doch den Frieden und hat, man darf es nicht verkennen, einen schweren Stand gegenüber den Generalen, die die Umgebung des Thronfolgers bilden. Seine einzige Stütze bildet das Ruhebedürfnis des alten Kaisers, und daher ist es das Bemühen der Kriegspartei, ihn vor dem Kaiser zu kompromittieren, wozu natürlich nichts besser geeignet wäre, als ein völliges Mißlingen der Mission des Prinzen Hohenlohe, die offenbar Graf Verchtold vorgeschlagen hat. Insofern würde man unvollständig sein, wenn man die Gefahren für den Frieden bloß in der obersten Schicht der Mischungsverhältnisse suchen wollte. Allerdings, eine Volksstimmung für die aggressive Orientpolitik ist weder in Wien, noch in Budapest vorhanden. Die Gefühle und Aufregungen der Prokasagel sind verrauscht, der dümmste Wiener Epheer würde verdrängt auffahren, wenn man ihm zumuten wollte, wegen Jpeel oder Uestüb, oder irgend eines anderen dieser Art, das unsere Kriegslustigen dem jetzt plötzlich so heißgeliebten Albanien zuwenden wollen, in den Krieg zu ziehen. Allein anders als die Stimmung, die sonst in Österreich und in Ungarn herrscht, ist sie in Galizien und in der Bukowina, in den Grenzgebieten Rußlands. Man lese nur, was die polnische Korrespondenz mittelt. Danach hat der Polenklub im Dezember des Jahres 1912 auf Grund eines Lokalitätsaktes gegenüber dem österreichischen Staat beschlossene, für den Fall einer internationalen Verteidigung alle Waffenfähigen, die dem Verbands des

österreichisch-ungarischen Heeres nicht angehören, zu organisieren. Um der Unternehmung den Charakter einer politisch-berantwortlichen und einheitlichen Arbeit zu geben, hat der Polenklub die Organisationskommission dem Nationalrat und im besonderen einem Komitee übertragen, das in fünf Sektionen geteilt ist. An der Spitze der Kommissen und Sektionen stehen Landtagsabgeordnete und Bankdirektoren; die erste Sektion führt den Titel „Kampfbereitschaft“. Das Komitee organisiert die Jugend in den Städten und auf dem Lande. In den Städten werden Sotol- und Scoutscharren gebildet, auf dem Lande die sogenannten Bartocyscharren. Alle diese Scharen werden von Fachlehrern militärisch ausgebildet. Außer dem bezeichneten Komitee gibt es ein zweites, das die sogenannten „Unabhängigkeitsparteien“ umfassen will, und zwar die Sozialdemokraten, die polnische Volkspartei, die Freunde der Volkspartei, die polnischen und fortschrittlichen Demokraten. Die Volkspartei ist in beiden Komitees vertreten. Auch das zweite Komitee beschäftigt sich in ähnlicher Weise: „Arbeiter werden in Schützenverbänden organisiert, Studenten in Schützenlegionen zusammengefaßt, Bauernschaften gebildet. Diese Tätigkeit beschränkt sich nicht auf die Polen in Galizien, sie hat auch die Ruthenen erfaßt, und zwar sowohl in Ostgalizien, als in der Bukowina, so daß in allen Grenzgebieten Rußlands die dem Heeresverbande nicht angehörenden jungen Leute zum Kriege gegen Rußland gerüstet werden.“

Nun sagt allerdings die polnische Korrespondenz, diesen Bestrebungen wohne keine Offensivabsicht inne. Alles sei im Geiste vollständiger Loyalität gegen die habsburgische Monarchie gedacht. Insofern für die russische Regierung diese Lokalität gegen das Haus Habsburg nicht die Trübsal an sich haben. Sie weiß von ihren Sektionen, die ganz Galizien überschwemmen, sie liegt in den galizischen Blättern, die kein Geheimnis daraus machen, wie in Städten und auf dem Lande von nichts anderem gesprochen wird, als von dem Krieg gegen Rußland, wie man ihn allgemein für unternehmlich hält, wie alles zu diesem Kriege rüstet. Sie weiß ganz wohl, daß eine lebensfähige Aufregung auch das russische Polen erfüllt, daß Jäden hinüber und herüber laufen, auch von den galizischen Ruthenen in die ukrainischen Gebiete Rußlands. Und es ist nicht nötig, so sagen, wie sehr die russische Presse in der Lage ist, und diese Lage auch bemerkt, alles das als Material zur polenstauischen Kriegshetze zu verwerten. Nun mag man gerne zugeben, die Polen haben ihre besondere Stellung zu dem Problem, allein wie die Dinge augenblicklich liegen, werden sie, ob sie wollen oder nicht, zu einem gefährlichen Werkzeug in der Hand derer, die im Belvedere und um das Belvedere herum abenteuerlustigen nach der Möglichkeit internationaler Sündenkeren ausschauen.

Das russische Antwortschreiben.

Wien, 10. Februar. Das Antwortschreiben des russischen Kaisers, das Prinz Hohenlohe aus Petersburg mitgebracht hat, ist Kaiser Franz Joseph durch Graf Verchtold übermittlelt worden.

10:16.

Zu der Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts über die Flottenfrage meldet die Rindische Zeitung in einem ansehnlichen Telegramm aus Berlin folgendes:

„Insofern der alles überragenden Bedeutung der Frage der deutsch-englischen Beziehungen und der Flottenrüstungen beider Länder werden die Neuerungen, die der Staatssekretär v. Tirpitz gestern in der Budgetkommission über das Verhältnis beider Flotten getan hat, aber vielmehr der kurze Auszug und seinen Darlegungen, der durch die Presse geht, heute in Deutschland und England aufs lebhafteste besprochen. Soweit man die Mitteilungen des Staatssekretärs — das ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtschiffe für die nächsten Jahre annehmbar sei, und daß er von seinem Bestandspunkte keine Veränderungen dagegen habe — politisch ausbeutet oder in ihr eine überwiegende Reueigkeit erblicken will, greifen die Kommentatoren an. Sie gehen von falschen Voraussetzungen aus, einmal als ob Herr v. Tirpitz ein „Flottenabkommen“ habe antzulegen wollen, zum andern, als ob er etwas habe mitteilen wollen, was bisher unerläßt gewesen sei. Unklugheitweise ist in der deutschen Presse diese Auffassung nur vereinzelt. Wächtig fäht man unferes Erachtens die Mitteilungen auf, wenn man davon ausgeht, daß die Auslassungen des Herrn v. Tirpitz an sich weder etwas Neues bieten, noch etwa gar einen veränderten Standpunkt der deutschen Marinepolitik antzudeuten wollen. Man muß sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß der englische Marineminister Churchill am 18. März vorigen Jahres von diesem Verhältnis zwischen den beiden Flotten gesprochen und es für die nächsten Jahre und für die Dreabnungsklasse für annehmbar erklärt hat. Dieser Erklärung seines englischen Kollegen schließt sich Herr v. Tirpitz an, indem er auch für uns diese Relation für die nächsten Jahre für annehmbar erachtet.“

Es wird noch Anlaß sein, auf die Angelegenheit zurückzukommen und dabei den Schwierigkeiten eines eigentlichen „Flottenabkommens“, von dem jetzt förmlich gesprochen wird, zu gedenken. Einmal sei festgestellt, daß die Beziehung eines gegenseitigen Verhältnisses wie des jetzt festgestellten als zweckmäßig und seine vorläufige Beibehaltung, entsprechend den von beiden Seiten erteilten Erklärungen, eine Grundlage schafft, auf der sich eine friedliche Verständigung über alle möglichen sonstigen Probleme erreichen lassen wird. Darauf kommt es in erster Linie an, nicht auf die Errichtung eines utopischen „Abkommens“, das aus noch zu besprechenden Gründen den Heim zu großen Schwierigkeiten und Reibereien bergen würde.“

Die amtlich inspirierte Auslassung zeigt, wie recht man daran tat, aus den Tirpitzschen Neuerungen nicht zu weitgehende Schlüsse zu ziehen. Im übrigen liegen die so geheim gehaltenen Gründe, die „großen Schwierigkeiten und Reibereien“, die ein deutsch-englisches Flottenabkommen verurursachen müßte, ziemlich an der Oberfläche. Ein Grund, der den großen deutsch-englischen Gegenlag ausmacht, besteht in der Rivalität der Kapitalisten beider Länder. Eine speziell englische Schwierigkeit ist das englisch-französische Bündnis. So sammern französische Nationalistenblätter, daß Deutschland künftig statt der Flotte eine Landarmee vergrößern und gegen Frankreich wenden könne, weshalb die Nationalisten jenseits der Vogesen alles tun werden, um den deutsch-englischen Gegenlag zu erhalten. Ein speziell deutscher Hindernisgrund einer gründlicheren deutsch-englischen Ab-rüstungsverständigung sind die Rüstungstreiberereien der Panzerplattenleute, die ihre Millionen auf anlegen wollen!

Englische Rüstungsfragen.

London, 10. Februar. Der Nationalist Widdlemore richtete im Unterhaus an den Ersten Lord der Admiralität Churchill die Anfrage, wie stark nach dem gegenwärtigen Bauplan der vollständige Bestand der deutschen Flotte an Dreabnungsklasse im April 1916 sein werde und eine wie große Zahl britischer Schiffe erforderlich sein werde, um den Ueberlegenheitsstandards Englands, wie er am 18. März 1912 festgelegt worden sei, aufrechtzuerhalten. Lord Churchill erwiderte, daß die Zahl der deutschen Dreabnungsklasse einschließlich der Schlachtschiffe zur genannten Zeit auf 20 berechnet werde. Die gesamte britische Flotte werde dann einschließlich der Schiffe Neuseelands, Australiens und der beiden Nord Poleas, aber ausschließlich der von den malaisischen Staaten und der von Kanada in Aussicht genommenen, 48 Dreabnungsklasse besitzen. So werde der Ueberlegenheitsstandards gewahrt sein, wenn die dem Parlament im vorigen Jahre an-geschlagenen Baupläne durchgeführt sein würden.

London, 10. Februar. In der heutigen Sitzung des Oberhauses fand eine längere Debatte über den gegenwärtigen Effektivbestand der Territorialarmee statt, an der sich die Lords Roberts, Methuen, Lansdowne und Haldane beteiligten. Der Vertreter des Kriegsamts Herzogel erklärte, die Regierung sei der Ansicht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen dafür bürgen zu können, daß Großbritannien gegen einen Stoß ins Herz geschützt sei, und die Regierung glaube, daß jede bedeutende Ausgabensteigerung einzig und allein für die Verteidigung des Vaterlandes eine verberbliche Politik sein würde. Insofern sei die Regierung unbedrückt darüber, daß an dem Sollstand der Territorialarmee 52 000 Mann fehlten, und darum habe sie einen Plan ausgearbeitet, nach dem die Nationalreserve zur Fällung der Lücken in der Territorialarmee herangezogen werden solle.

Neue Kämpfe und neue Verhandlungen.

Auf Allah ist kein Verlaß mehr. Den Türken gelingt nichts mehr. Trotzdem sich die osmanischen Truppen um Tschataldscha und Gallipoli sehr erfolgreich schlagen — die Bulgaren sollen sogar Tschorlu geräumt haben, während die Griechen bei Janina sich eine neue Schluppe geholt haben sollen — muß die türkische Regierung bei Freund und Feind um Friedensverhandlungen betteln. Das Geld fehlt jetzt! Das Geld, der Hauptfaktor aller Kriegsführung. Gaffi Pascha ist schon auf dem Wege nach London und eine Konstantinopler Meldung besagt darüber: „Die Porte scheint jetzt jedenfalls entschlossen zu sein, direkte Verhandlungen mit den Balkanstaaten nicht mehr zu führen, da sie von der Aussichtlosigkeit dieser Bemühungen sehr überzeugt ist. Vielleicht dient der Aufenthalt Gaffi Paschas in London der dortigen Politikerversammlung als wichtiger informatorischer Befehl.“ Und der offiziöse Kanin schreibt: „Was die Möglichkeit betrifft, zur gleichen Zeit Krieg zu führen und zu verhandeln, so weisen wir diese nicht zurück. Allgemein herrscht aber hier die Meinung vor, daß die Porte nur durch Vermittlung der Großmächte verhandeln könnte.“

Wo sind die großen Worte der neuen jungtürkischen Regierung geblieben? Es muß sehr schlecht stehen um die türkischen Finanzverhältnisse und die Konstantinopler Sieges-telegramme sind darum mit Vorsicht aufzunehmen. Der Geld braucht, braucht auch Siegesnachrichten als Köder an die Angel, an der das Kapital anbeißt soll.

Die türkischen Meldungen über die Kämpfe im Südosten.

Konstantinopel, 10. Februar. Der Kommandant der Truppen auf der Halbinsel Gallipoli meldet, daß die Bulgaren nach erbittem Kampf gestungen wurden, ihre Stellung bei Silivri zu verlassen und sich in das Innere des Landes zurückzuziehen. Die Türken sollen 30 Gefangene gehabt haben. — Auf der Tschataldschallinie erbeuteten die Türken zwölf bulgarische Geschütze und eine Menge Munition. — Nach Blättermeldungen sollen am Sonnabend abend die Bulgaren das Bombardement auf Adrianopel eingestellt haben.

Ein offizielles Communiqué besagt: Unsere Truppen, die sich bei Verlos befinden, besetzten, ohne Widerstand zu finden, die beschützten Stellungen des Feindes. Der linke Flügel, der vorrückte, um den Feind auf den Höhen von Omarli anzugreifen, stung zwei feindliche Regimenter, sich zurückzuziehen. Der Feind griff unsere Stellungen am großen See an und besetzte unsere Dörfer, aber unsere Truppen erwiderten lebhaft das Feuer und nahmen sie wieder

ein. Die bei Scharbij ausgeschifften Truppen gerieten mit dem Feinde in Kampf und litten einen Verlust von 200 Toten zu. Ein bulgarischer Offizier wurde gefangen genommen. Das Bombardement von Adrianopel dauert fort, aber nur sehr schwach.

London, 10. Februar. Daily Chronicle meldet aus Konstantinopel: Ende der Welt ist am Sonnabend in Galata an Bord eines Schiffes gegangen. Das Ziel seiner Reise ist Gallipoli. Bisher 13 000 Mann Truppen sind von der Tschataldtschallie nach Gallipoli entsandt worden, wohin die Flotte für den Augenblick den militärischen Schwerpunkt legt. Es verläutet, daß die Cholera von neuem durch asiatische Truppen eingeschleppt worden sei. Die Lage wird als äußerst ernst bezeichnet. Die türkische Regierung macht verzweifelte Anstrengungen, neue Getreidemittel in die Hände zu bekommen. Die letzten Maßnahmen gegen die Bewohner des Landes und auch gegen die Ausländer kommen Erfressungen gleich.

Eine bulgarische Meldung.

Sofia, 10. Februar. Amtlich wird gemeldet, daß beträchtliche türkische Streitkräfte auf der Halbinsel Gallipoli die Offensive ergriffen, jedoch nach einem erbitterten Kampfe und nach schweren Verlusten an Menschen und Kriegsmaterial in die Flucht geschlagen wurden. Unter den türkischen Toten befinden sich 20 Offiziere; auf Seite der Bulgaren wurden 412 Soldaten und fünf Offiziere verwundet. Zwei Offiziere wurden getötet. Ueber die Zahl der getöteten Soldaten wurde noch nichts bekannt gegeben.

Wiedereroberung Thessalus durch die Türken.

Konstantinopel, 10. Februar. Es ist den türkischen Truppen gelungen, Thessalon wieder zu nehmen.

Eine Niederlage der Griechen bei Janina?

Konstantinopel, 10. Februar. Die Abendblätter berichten von einem großen türkischen Erfolg bei Janina. Esob Pascha soll dort einen Scheinrückzug gemacht haben. Die Griechen hätten darauf die türkischen Hügel angriffen, welche den Griechen eine herbe Niederlage beigebracht hätten. Bei dem Rückzug sollen 1800 Griechen unter dem Heer der Hervis von Kijami getötet worden sein.

Die Kämpfe um Sutari.

Cetinje, 10. Februar. In einem heftigen dreitägigen Kampfe am Vardarholl hatten die Montenegriner 2500 Tote und Verwundete, die Türken etwa 4000 Tote. Die Kämpfe am Tarabosch und Vrdiga führten die Verbündeten erfolgreich fort. Beiderseits sind die Verluste groß, weil beiderseitig mit Bomben und Bajonetten gekämpft wird. An beiden Positionen haben die verbündeten Montenegriner und Serben einige Verschanzungen besetzt.

Neue Gesetze um Restau.

Restau, 10. Februar. Andauernder Kanonendonner vor der Stadt läßt auf neue Befehle schließen. Es haben sich bereits verschiedene albanische Scharen gezeigt, denen man Infanterie und Artillerie entgegenstande.

Bundesbrüderliches.

Colonik, 10. Februar. Die serbischen Behörden von Konastir entlassen und weisen systematisch alle Personen aus, welche der revolutionären bulgarischen Organisation angehören oder der Teilnahme daran verdächtig sind. Es verläutet, daß man gewisse Mitglieder der Organisation verschwinden lasse.

Deutsches Reich.

Certel, der Kaiser und der liebe Gott.

Am Sonntag hat Wilhelm II. bei einer Feier zur Erinnerung an die Befreiungskriege, die in der Berliner Universität stattfand, eine Rede gehalten, in der er seine bekannte Auffassung über den Betrieb der Weltgeschichte durch den lieben Gott wieder einmal unter dem lebhaften Getrampel der Herren Studenten zum Ausdruck brachte. Wilhelm II. hat den Zusammenbruch von 1806 als ein Gottesgericht bezeichnet, das deshalb über das preussische Volk heringebrochen sei, weil dieses nach dem Tode des großen Friedrich den Glauben verloren habe. Wir brauchen uns mit Wilhelm's Geschichtstheorie nicht auseinanderzusetzen. Sie ist seine Privatangelegenheit. Es scheint ja auf den ersten Blick etwas merkwürdig, daß der liebe Gott den König Friedrich II., der zu ihm in sehr schlechten Beziehungen stand, über seine Feinde sehr große Siege erschien ließ, während der viel frommere Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1806 so großes Pech hatte. Aber Gottes Rathschlüsse sind ja bekanntlich unerforschlich.

Die Rede, die mit der Aufforderung an die Studenten schloß, sich den goldenen, im Feuer gehärteten Schild des Glaubens zu schmieiden, hat das helle Entzünden des Herrn Certel hervorgerufen. Dieser Agrarierführer versteht es ja besonders gut, die gerissenste Verteidigung der agrarischen Wucherpolitik mit frommen Augenblicken zu bereiten. Er nennt in seiner Deutschen Tageszeitung die jüngste Kaiserrede ein goldenes Wort zur rechten Zeit. Unter anderem bemerkt er dazu:

Wir haben wiederholt daran erinnert, daß die Freiwilligen, die damals in den Kampf zogen, sich vorher an den Altären sammelten, um sich zu dem Herrn der Oerbscharen zu bekennen und seinen Segen zu erbitten. Auch wir können die bevorstehenden, vielleicht noch schwereren Kämpfe nicht siegreich zu Ende führen, wenn wir nicht den Pfad innehalten oder wiederfinden, den damals unsere Väter gegangen sind, — den Pfad, der empörführt zu Gott.

Allerdings, dem Herrn Certel und seinen Freunden sieben schwere Kämpfe bevor. So werden sie noch manchen harten Strauß gegen die goldlosen Leute ausfechten müssen, die vor dem agrarischen Goldbeutel nicht genügend Respekt haben und ihm mit einer Erbschaftsteuer oder mit irgend einem anderen schändlichen Steuermachwerk zu Leibe gehen wollen. Es wäre jedenfalls zweckmäßig, daß sich auch die Herren Agrarier, wie einst die Freiwilligen im Jahre 1813, vorher an den Altären sammeln, wenn sie zum Kampf für Steuerdrückbergerei, Zuchtungsgeetze und ähnliche gottgewollte Dinge ausziehen. Vielleicht greift dann der liebe Gott seinen agrarischen Betreuen mit einem Gottesgericht gegen die Steuerheber und Unsturzleute unter die Arme.

Die Justizdebatte.

Auch in der Reichstags-Sitzung vom Montag, dem zweiten Tage der Beratung des Justizetats, spielte die Frage der Klassenjustiz entscheidend mit. Die Redner der bürgerlichen Parteien leiteten die übliche Kaskade, zwar im einzelnen die Mißstände zuzugeben, die hier vorgebracht worden sind, den Widerspruch aber, das allgemeine Uebel, leugnen zu wollen. An sich könnte schon die Tatsache, daß gerade dieses Thema die Debatte beherrschen muß, ein Beweis sein für die Existenz der

Klassenjustiz, wenn es nach den maßlosen und unerhörten Erfahrungen, deren Zahl sich gar nicht ermessen läßt, noch eines solchen Beweises bedürfte.

Der Fortschrittler Dr. Klabach begann damit, daß er den Vorwurf der Rechtsbeugung zurückwies, und am Schlusse der Sitzung sagte der Zentralliter Holz etwa daselbe, indem er seine Abwehr noch mit einigen Phrasen verschönerie, deren Banalität allerdings nicht die mindeste Beweiskraft hat. Der fortschrittliche Redner wandte sich im übrigen gegen die willkürlichen Entscheidungen über die Eintragungen ins Vereinsregister, eine Anklage, auf die der Staatssekretär mit formalistischen Einwänden reagierte. Der polnische Redner Herr v. Trampzinski sprach zwar nicht von Klassenjustiz, unterstreicht indessen die partielle Häufung von Verleumdungs-klagen im öffentlichen Interesse, die nach dem Rührstreik erhoben worden sind.

Genosse Landsberg, der als zweiter Redner von unserer Fraktion zu Wort kam, gab sich die Mühe, noch einmal zu erläutern, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und die Verrechtlichung dieses Vorwurfs dokumentarisch und wirklich einwandfrei zu belegen. Er betonte wieder, daß die Anklage durchaus nicht den Sinn der Rechtsbeugung hat, vielmehr den Richtern die Fähigkeit abspricht, sich von den Anschuldigungen und Vorurteilen ihrer Klasse zu befreien. Allerdings verlangte er aber auch vom Richter, daß gerade er alles tun muß, um seine Vorurteile zu überwinden, und er zitierte das Wort eines alten preussischen Richters, der die gewissenhafteste Selbstprüfung gerade gegenüber dem volkshässlichen Gegner forderte. Demgegenüber zitierte Genosse Landsberg auch einige Aeußerungen von Juristen, und leider nicht der geringsten, die die Klassenjustiz geradezu als eine sittliche Forderung proklamieren. Schon diese allgemeinen Ausführungen hatten in ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit einen großen Eindruck auf das Haus gemacht, das mit Aufmerksamkeit unseren Redner anhörte. Landsberg illustrierte dann seine theoretischen Deduktionen durch eine Reihe frappanter Beispiele, bei denen die dem Klassengegenstand entsprungene Parteilichkeit wirklich nicht bestritten werden konnte. Und unter der allgemeinen Zustimmung unserer Fraktion konnte er erklären, daß es ehrenvoller ist, solche Strafen zu empfangen, als sie zu verhängen.

Zu Beginn seiner Rede hatte Landsberg in wuchtigen Worten eine Reihe Einzelfragen der Gesetzgebung und der Rechtspflege erörtert. Er wandte sich vor allem gegen eine Erhöhung der Revisionssumme in Zivilsachen und brachte wirksame Argumente gegen die reaktionären Vorschläge vor, die darauf hinausgingen, einmal die Brügellstraße einzuführen, und zum anderen, unter dem Vorwand der Bekämpfung der Schuldliteratur eine neue Verzeihe zu schaffen.

Ablenkung nach außen.

Je gefährlicher sich die inneren Verhältnisse der national-liberalen Partei gestalten, desto mehr bemühen sich ihre Führer, in der auswärtigen Politik die wilden Männer zu spielen. So hat auch in der Sitzung des Zentralvorstands der national-liberalen Partei am letzten Sonntag die auswärtige Politik als Botschafter dienen müssen für das Westleben, den rechten Flügel der Partei an die Wand zu drücken. Man hat eine Resolution angenommen, die eine wirksame Aufrechterhaltung der Disziplin verlangt, man hat die Gamb. Rad. und die Südd. Natl. Korresp. für außerhalb der Partei stehend erklärt, man hat schließlich, allerdings unter Aufrechterhaltung des Joll- und Seuchenstaubes — innere Kolonisation und Beschränkung des Jidemannwesens gefordert.

Man aber zu sehen, daß trotz dieser ein wenig linksgerichteten Maßnahmen die nationale Gefinnungslässigkeit der herrschenden Parteirichtung nicht in Zweifel zu ziehen sei, hielt Herr Wassermann eine Rede gegen die Flottenvereinbarung mit England und für die neue Militärvorlage, und schließlich nahm man folgende Resolution an:

Der Ernst der Zeit erfordert mehr als je zum Schutze unserer nationalen und wirtschaftlichen Interessen eine kraftvolle, stetige und zielbewusste auswärtige Politik. In ihrer Durchführung bedarf es zunächst einer zeitgemäßen Reform des auswärtigen Dienstes, der durch Vereinfachung der herrschenden Exklusivität allen dazu geeigneten Kräften unseres Volkes zugänglich zu machen ist. Vor allem ist aber eine schleunige und gründliche Verstärkung unserer Wehr unumgänglich notwendig. Am Einklang mit dem Standpunkte, den die Reichstagsopposition bei der Einmündungsvorlage des Jahres 1911 und bei der Militärvorlage des Jahres 1912 angenommen hat, fordert der Zentralvorstand die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und aller Maßregeln, welche zur Beschleunigung der Vollziehung und der Sicherung einer fruchtbarsten Offensive dienen, und begrüßt mit Genugthuung den Entschluß der verbündeten Regierungen, dem Reichstag diese beiden Gesichtspunkte entsprechende Vorlage zu unterbreiten. (Verstärkung der Artillerie, Verplanung und Formierung von Kavallerie-Divisionen im Frieden, ferner Schaffung einer deutschen Luftflotte für Meer und Flotte.)

Zur Aufbringung der Kosten fordert der Zentralvorstand die Ausführung der durch das Gesetz vom 8. Juli 1912 von den verbündeten Regierungen, Klapp und Klar übernommenen Verpflichtung zur Einbringung einer Vorlage über eine allgemeine Besitzsteuer, als die nach den eigenen Erklärungen der Regierung nur eine Vermögungs- oder Erbschaftsteuer in Betracht kommen kann. Er erwartet von der Reichstagsopposition, daß sie jedem Versuche, von dieser Richtung abzuweichen, mit rückhaltloser Entschiedenheit entgegenzutreten wird.

In der Diskussion wurde die Meinung ausgesprochen, daß die Erbschaftsteuer jeder anderen Besitzsteuer vorzuziehen sei. Es wurde aber auch, wie der offizielle Bericht mitteilt, ... von allen Seiten mit nachdrücklichem Ernst auf die Zustimmung aufmerksam gemacht, die ob des Mangels an jeglicher Initiative in der auswärtigen Politik an der verantwortlichen Stelle draußen im Volke herrscht. Es greife allmählich eine Erbitterung darüber um sich, daß vom Volke fortgesetzt die schwersten Opfer für unsere Abhängigkeit gefordert werden, daß wir aber bei allen Gelegenheiten, wo die Welt verteilt wird, zur Rückeroberung und zu neuen, wie die anderen Völker ihre Reichthümer ausbreiten und ihrer Industrie und ihrem Handel den Weg ebnen.

In der national-liberalen Partei geht es ähnlich wie im Zentrum, wo die einander bekämpfenden Richtungen sich in der Betonung ihrer Paph- und Airtzentrense gegenseitig zu übertrumpfen suchen. Nur tritt hier an Stelle des Wettlaufs der Merkmalen ein Wettlauf der sogenannten "nationalen" Gefinnung. Der Verantwortung, die sie durch solche lakonische Wandern dem deutschen Volke gegenüber auf sich laden, scheinen sich die Herren nicht bewußt zu sein.

Sie kriegen sich.

Eine Tragödie der deutschen Geschichte steht im Begriffe, wie ein Lustspiel von Gustav v. Moser zu enden. Seit 46 Jahren herrscht zwischen den Häusern Hohenzollern und Cumberland bittere Feindschaft, weil die Hohenzollern die Gelegenheit von 1805

benutzt hatten, ihren monarchischen Gutsbezirk durch Annexion des Königreichs Hannover zu arrondieren. Braunschweig, das kleine Herzogtum, blieb den Cumberland's vorbehalten, aber auch nur unter der Bedingung, daß sie das etwas eigentümliche Geschäft aus dem letzten Kriege als zu Recht bestehend anerkannten und sich damit beschieden, zu nehmen, was man kriegt.

Nun hat sich der Sohn des Cumberland's, der Prinz Ernst August, dazu entschlossen, um die Hand der Prinzessin Viktoria Luise, der Tochter Wilhelms II., anzuhalten, und der Effekt wird sein, daß der genannte Welfenprinz als kaiserlicher Schwiegersohn und richtig gehender Herzog seinen Einzug in die gute Stadt Braunschweig halten wird. Ernst August's Vater hat lange genug in der österreichischen Verbannung gelebt, um den Spruch schwarzelegener Erbweisheit kennengelernt und beherzigt zu haben: "Nögen andere Kriege führen, du glückliches Oesterreich, heirate." So führt der Welfenprinz die Hohenzollern heim, und die ihm als Mitgift geschenkten Braunschweiger dürfen bald die Häuser dekorieren und Gurren schreien.

Die eroberten, freilich noch lange nicht "moralisch eroberten" Hannoveraner dürfen bei diesem Fest ein Tränkelein im Auge zerdrücken und ihre welfischen Hoffnungen begraben. Ihr angekommener Kronprinz geht zum "Feinde" über, er heiratet in die preussische Familie ein und wird nun wohl nicht anders können, als den sogenannten "welfischen Linien" seiner Allzugenutren im Lande Hannover mit national-liberalen Pathos entgegenzutreten. Glücklicher Prinz! Noch glücklicher Prinzessin! Aber arme Welfen!

Die Heirat von 1913 legalisiert die Eroberung von 1805. Das deutsche Volk aber hat sich im dreizehnten Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Erkenntnis zu bescheiden, daß es ganz oder geteilt durch Eroberung oder förmliche Heiraten genommen oder wieder weggegeben werden kann. Es hat seinen Herrschern treu zu sein, aber nur so lange, als sie nicht von einem stärkeren dabongetragen sind, und es muß sein Vergeßensverhältnis zu einem kaput geschlagenen Gottesgnadentum sofort wieder herstellen, wenn dieses durch eine glückliche Heirat wieder in den Besitz eines Teiles seiner Macht kommt. Und da sich die Treue zum Monarchen nach der Unabhängigkeitserklärung nicht rüchtern hat, muß der geborene Schicksalskinder ein anderes monarchisches Empfinden haben als der geborene Kaiser — wobei es letzterem allerdings freisteht, durch Beschrei der Staatszugehörigkeit auch sein monarchistisches Herz neu zu orientieren.

Leute, die einsehen, daß sich solche Zustände verunsichernde nicht rechtserheben lassen, die an ihnen aber trotzdem festhalten, nennt man Bernunftsmonarchisten.

Dort, Verunftsmonarchisten: Im Jahre 1912 ward China Republik. Im Jahre darauf aber erwarb der Prinz Ernst August, da er die Prinzessin Viktoria Luise ehelichte, das Herzogtum Braunschweig!

Reichsgesetzliche Regelung des Geheimnisswesens.

Die lautete, gedankt die Regierung dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch die dem Handel mit Geheimnissen entgegengetreten werden soll. In dem Kurpfuschergesetz, das im vorigen Reichstage nicht mehr erledigt werden konnte, waren bereits Maßnahmen enthalten, die sich gegen das Geheimnisswesen richteten. Dieser Teil der Vorlage gelangte in der Kommission überhaupt nicht zur Beratung, und schon damals ist der Regierung erklärt worden, sie müge die beiden Materien, Kurpfuscherei und Geheimnisswesen, mit z e i n e m Gesetz regeln, sondern für jede eine besondere Vorlage einbringen. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Regierung alles anwenden will, um den Geheimnissverkehr auszuhalten, ist es sehr wahrscheinlich, daß eine Vorlage zur Bekämpfung des Geheimnisswesens dem Reichstage zugehen wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Budapest, 9. Februar.

Nun hat der parlamentarische Wahlrechtsaus-schuss die Beratung der von allen Seiten angeforderten Wahlrechtsvorlage begonnen. Ohne alle Opposition, nur aus Mitgliedern der Regierungspartei bestehend, soll dieses 40gliedrige Komitee nun das Gesetz zustande bringen, das dem arg gekümmerten Lande Ruhe schaffen soll. Aber diese Männer, die in den Wahlrechtsauswahl gewählt wurden, genau kennt, muß jede Hoffnung aufgeben, denn ihnen fehlt selbst der Wille, etwas Gutes zu schaffen.

Es nun die Arbeiterklasse, die bei dem vorliegenden Besetzungswort in so schmählicher Weise entrechtet wird, darüber im Reinen, daß bei den Beratungen des Wahlrechtsauschusses für sie nichts Ersprießliches herauskommt, so sorgt sie, von Recht und Pflicht gedrängt, um so mehr dafür, daß die Agitation für den bevorstehenden Generalkonferenz im ganzen Lande nicht nachläßt. Die industriellen Arbeiter sind bereits für die kommenden Kämpfe mobilisiert, Fabrik- und Werksstättenkonferenzen, Branchenderversammlungen und öffentliche Massenmeetings werden bis ins Unerendliche abgehalten, und der Massenstreik wird in diesen Versammlungen bis ins einzelne und genaueste vorbereitet. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sind ganz Feuer und Flamme für den Massenstreik. Wenn auch die Stützrichter die angemeldeten Versammlungen mit der Tagesordnung "Der Massenstreik" meist verbieten, lassen sich die begeisterten Bauern doch nicht abhalten, in aller Stille für den letzten Kampf des Wahlrechts zu wirken. Und auch unter der Erde rumort es: die Bergarbeiter Ungarns, 80 000 an der Zahl, die durch das veraltete Berggesetz noch immer vom Koalitionsrecht ausgeschlossen sind, stehen auf der Seite ihrer industriellen Brüder.

Die Behörden sind durch amtliche Rundschreiben aufgefordert worden, der Arbeiterbewegung und den Versammlungen größte Aufmerksamkeit zu schenken. In den national-liberalen Gebieten werden die Versammlungen rundweg verboten. Die Nachvereine, Parteiorganisationen und Ortsgruppen werden von Polizei und Gendarmen auf eifrigste bewacht, Postsendungen an bekannte Parteigenossen werden erst nach Benachrichtigung der Behörden ausgehändigt, damit sofort nach der Zustellung bewaffnete Macht erscheinen und Flugblätter, Plakate usw., gleichviel, ob sie konfisziert sind oder nicht, beschlagnahmen kann.

Alle Vorkehrungen und Maßnahmen der Regierung sind natürlich nicht imstande, die Arbeiter von ihrem Vorhaben abzubringen. Andersseits vertritt es die Regierung "ieder, die Sozialdemokratie im guten zur Aufgabe ihrer Pläne zu veranlassen. So wird geflissentlich von Regierungstreifen die

Handwritten notes and marginalia on the right edge of the page, including fragments of text from other pages and personal annotations.

Nachricht kolportiert, der radikale Teil des Wahlrechtsausschusses werde große Begünstigungen für die industrielle Arbeiterklasse beantragen, und die Regierung beabsichtige, diesem Verlangen zu entsprechen. Es gibt auch in der Arbeiterschaft Kreise, die allen Ernstes glauben, daß sich die Regierung durch den Zwang der Dinge konfessionen abringen lassen werde. Inwiefern, wie die Dinge auch laufen, die Arbeiterschaft ist unter allen Umständen gerüstet.

Holland.

Verfassungsrevision.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Das liberale Kabinett hat seine lang verbrochene Gesetzesvorlage zur Verfassungsrevision eingebracht. Nur vier Monate trennen uns noch von den Parlamentswahlen, und es ist deshalb ausgeschlossen, daß vor den Wahlen noch eine so ausgedehnte Vorlage, obendrein mit allen den unumfänglichen Formalitäten, die für eine Verfassungsrevision vorgeschrieben sind, unter Dach und Fach gebracht werden kann. Dazu kommt, daß die von der Regierung vorgelegene Wahlrechtsformulierung auch nur eine Halbheit ist. Selbstverständlich — von einem so konservativen Kabinett war nichts anderes zu erwarten — handelt es sich um die Ausschließung aller Frauen sowohl vom Wahlrecht als von der Wählbarkeit. Und auch für die Männer gibt sie nicht das endgültige allgemeine Wahlrecht. Zwar schlägt sie vor, das Band zwischen Steuer und Wahlrecht zu zerschneiden und auch jene zum Wahlrecht zuzulassen, die mit ihrer Steuerzahlung rückständig sind, und weiter stellt sie auch dem Wahlrecht keine Vermögensgrenze. Aber sie will das Wahlrecht nur dem geben, der „Familienhauptmann“ ist oder in anderer Hinsicht eine „selbständige Stelle in der Gesellschaft einnimmt“. Besonders diese letztere Bestimmung ist sehr geeignet, bei der Ausarbeitung des neuen Verfassungsparagraphen in einem neuen Wahlrechtsgesetz zu allerhand Einschränkungen des Wahlrechts mißbraucht zu werden. Trophem ist anzumerken, daß die neue Formulierung unmöglich vom allgemeinen Männerwahlrecht weit entfernt bleiben kann und jedenfalls die Wählerzahl, die jetzt 850 000 beträgt und beim allgemeinen Männerwahlrecht (wohlerwähnten erst mit 25 Jahren, wie die Regierung vorschlägt) 1 350 000 betragen würde, um 300 000 bis 400 000 vermehrt wird. Daß man nicht gleich den letzten 200 000 Männern das Wahlrecht gibt, ist auf die konservative Halbheit zurückzuführen und andererseits der Tatsache zuzuschreiben, daß die Liberalen in der Zeit, als es noch galt, eine Wahlrechtsausdehnung um jeden Preis zu vermeiden, absichtlich ein anderes Wahlrecht als das von sozialistischer und freisinniger Seite geforderte allgemeine Wahlrecht zum ureigensten liberalen Prinzip erhoben haben, um dadurch eine Einigung der Parteien in der Wahlrechtsfrage, die für die Zweidrittelmehrheit einer Verfassungsrevision notwendig ist, zu hintertreiben.

Trophem bleibt die Tatsache, daß endlich sogar ein liberales Kabinett dazu übergehen muß, eine Aenderung des Wahlrechtsparagrafen in der Verfassung zu beantragen, ein großer Sieg unserer in letzter Zeit mit so stürmischer Kraft durchgeführten sozialistischen Wahlrechtsbewegung. Leider muß man jetzt wünschen, daß diese Verfassungsrevision, trotzdem sie eine große Wahlrechtsausdehnung enthält, mißlingen möge. Dafür bringt sie Jubel der schlimmsten Reaktion. Während sie die Wählbarkeit für die erste Kammer, bisher nur ein dreifach gestiebes Geldbesitzer-Kontingent, stark erweitert wird, behält die Vorlage die indirekte Wahl dieses Senats durch die übrigen völlig einflusslosen und daher in allgemeiner Interesselosigkeit gewählten Provinzialstaaten bei und gibt dann der zweiten Kammer das so genannte „Negativrecht“, d. h. das Recht, eine von der ersten Kammer angenommene Vorlage zwecks Abänderung zurückzuschicken. Die Wahlrechtsausdehnung soll also mit einer Nachherweiterung der ersten Kammer erlautet werden, was befragt, daß, soweit das erweiterte Wahlrecht vielleicht denotokratische Reformen beschließen möchte, zugleich das Institut geschaffen ist, um das Zustandekommen dieser Reformen zu verhindern. Ein wahrhaft teuflischer Trick!

So geht die Sozialdemokratie verantwortungsvollen und kampftreuen Zeiten entgegen. Es wird der schon eingetretenen Wahlkampagne wahrhaftig nicht an Feuer gebraten.

England.

Eine Luftschiffahrt.

London, 10. Februar. Die Regierung hat im Unterhause eine Bill zur Regelung der Luftschiffahrt eingebracht. Diese Bill ermächtigt die Behörden, im Interesse der Sicherheit oder der Vermeidung des Anstoßes das Fliegen von Luftschiffen über bestimmten Bezirken zu verbieten und auch die Zonen vorzuschreiben, in denen die Luftschiffe, die vom Ausland kommen, landen müssen. Wenn ein Luftschiff über verbotene Gegenden fliegt oder zu fliegen versucht oder den Landungsvorrichtungen nicht nachkommt, so ein Warnungssignal gegeben werden. Wird dieses Signal nicht beachtet, so soll es gestraft sein, auf das Luftschiff zu feuern oder andere Mittel anzuwenden, die die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen sicherstellen.

London, 10. Februar. Die 2. Lesung der Bill zur Regelung der Luftschiffahrt wurde angenommen. Der Staatssekretär des Kriegsministeriums, Oberst Seeley, erklärte, die Bill richte sich natürlich nicht gegen irgend eine fremde Macht, sondern solle dochhafte Menschen verhindern, über Plätze zu fliegen, wo Brennstoffmaterialien liegen.

Rußland.

Der finnische Landtagspräsident.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Die sieben begonnene Session des finnischen Landtages hat mit der Wahl eines Sozialdemokraten zum Vorsitzenden begonnen. Unter gemüthlichen Umständen wäre daran nichts Außergewöhnliches, denn die finnische Sozialdemokratie bildet mit ihrem 86 Abgeordneten (von insgesamt 200) die weitaus größte Fraktion des Landtages. Aber da die bürgerlichen Parteien in der letzten Zeit der Sozialdemokratie nicht einmal den Platz des ersten Vizepräsidenten einräumen verdient, die neuere Wahl einige Aufmerksamkeit, 1907 und in den folgenden Jahren hatten die Generäle Aleks Robert af Ustin, Hjalmar Sirola und Edwin Tanner den Posten des ersten Vizepräsidenten inne. In Finnland werden alle Wahlen zu Beginn jeder Session neu bezogen. Der bisherige Landtagspräsident, der jungfinnische Landtagsführer Soinin, dessen Amtsführung allgemein geschätzt wird, hatte dieses Mal den Fraktionen vertraulich mitgeteilt, daß er eine Wiederwahl nicht wünsche. Er würde die Neuwahl nur unter der Bedingung annehmen, daß man ihm bei seiner Ansprache an den Generalgouverneur anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtages keine Beschränkung anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtages keine Beschränkung auferlege. Darin sahen die Altfinnen und die Sozialdemokraten gewisse Vorteile eine unzulässige Provokation zur Auslösung der Volksbewegung durch die russischen Gewaltthäter. Dem Soinin wurde in seiner Ansprache Äußerungen gebraucht,

die, an sich gewiß berechtigt, eine Auflösung des Landtages sehr zur Länge provoziert hätten. Die sozialdemokratische Fraktion war der Ansicht, daß die Ansprache des Landtagspräsidenten keineswegs die beste und die passendste Gelegenheit sei, um den russischen Gewaltthätern die Wahrheit zu sagen. Hätte diese Ansprache zur Auflösung geführt, so wäre die Volksbewegung der Möglichkeit beraubt gewesen, sich als Ganzes darüber geäußert und auszusprechen, was der Präsident nur in einigen Redewendungen hätte berühren können. Gerade die Sozialdemokratie wollte sich die Gelegenheit nicht leichtsinnig verschätzen lassen um gründliche Abrechnung zu halten. Daher hat die sozialdemokratische Fraktion bei allen drei Abstimmungen geschlossen für ihren eigenen Kandidaten Oskari Tokoi gestimmt, der dann auch, allerdings nur mit sozialdemokratischen Stimmen, gewählt wurde. Was die anderen Parteien betrifft, so waren die Altfinnen gegen eine Wiederwahl des Jungfinnen Soinin, weil sie stets zu einem Aufruf an den russischen Regierung hingen. Sie stellten ihren eigenen Kandidaten J. J. Soinin auf, der aber bei allen drei Abstimmungen nur 41 Stimmen erhielt. Ebenso geschlossen stimmten die Jungfinnen, die Schweden und der Kleinbauernbund, 67 bis 68 Mann stark, für Soinin. Die Sozialdemokraten mit ihren 80 Stimmen gingen als Sieger aus der Wahl hervor. Der Altfinne J. J. Soinin wurde zum ersten, der Schwede Söderholm zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Genosse Oskari Tokoi, der erste sozialdemokratische Parlamentspräsident, entstammt der Arbeiterklasse. Als ausgemerkter Arbeiter hat Tokoi als Bergarbeiter und Hilfsarbeiter sein Brot verdient. In seine alte Heimat zurückgekehrt, erwarb er für seine amerikanischen Spargroschen eine kleine Landstelle, lebte eine Zeitlang als Zwergbauer, bis er diese Tätigkeit aufgab, um sich ganz der Arbeiterbewegung zu widmen. Genosse Tokoi stellt völlig den Typ eines „Selbstmaden“ dar. Und das ist auch für seine jetzige Stellung bezeichnend: die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten des finnischen Landtages waren sämtlich Akademiker während Tokoi sich als Autodidakt zu seiner jetzigen führenden Stellung emporgearbeitet hat. Daß Tokoi in der finnischen Arbeiterbewegung eine geachtete Stellung einnimmt, beweist unter anderem auch die Tatsache, daß er bei dem letzten Parteitag der Partei führte und seit dem vorigen Jahre der Vorsitzende der finnischen Gewerkschaftszentrale ist. Die bürgerliche Presse nimmt die Präsidentenschaft Tokois ziemlich lakonisch und begründlich an.

Die finnische Presse registriert allgemein die Mitteilung, der russische Generalgouverneur v. Sehn hätte von der Petersburger Regierung die Vollmacht erhalten, den Landtag aufzulösen, sobald er das für notwendig und angebracht erachten würde. Trifft diese Nachricht zu, so werden die geübten russischen Staatsrechtler wohl kaum lange warten, um dem unbehaglichen finnischen Landtag das Lebensende auszusprechen.

Japan.

Politische Krise und Revolten.

Vor Kurzem wurde das japanische Abgeordnetenhaus verlagert, weil es ein Misstrauensvotum für das Ministerium Katsura aus Anlaß der Gesetzesvorlage eingebracht hatte. Da gestern das Abgeordnetenhaus abermals verlagert werden sollte, ist es zu heftigen Unruhen in der Hauptstadt Japans gekommen. Telegramme melden darüber:

Tokio, 10. Februar. Nach einer eilig zusammengerufenen Ministertagung ist das Abgeordnetenhaus, als es im Begriff war, sich zu ver sammeln, durch einen kaiserlichen Erlass auf drei Tage verlagert worden. Trotz eines starken Polizeiaufgebots sammelte sich eine große Menschenmenge in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Die Ministerien wurden ausgeholfen und auf die Oppositionellen wurden Schüsse ausgebracht. Schließlich gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen. Fünfzehn Personen wurden dabei verletzt. Inzwischen hatten sich die Mitglieder der Selbstwehrpartei auf den Balkonen des Parlamentsgebäudes versammelt; auf die Forderungen des Volkes antworteten sie mit Schüssen, die mit Müssen wie: „In Rußland handelt man so! Sind wir in Rußland?“ abschickten. Um 1 Uhr nachmittags wurde dann das Verbot über die Verlagerung des Hauses verlesen.

Die abermalige Verlagerung des Parlamentes ist darauf zurückzuführen, daß dessen Mehrheit noch immer das Misstrauensvotum gegen die Regierung zu beschließen brach.

Tokio, 10. Februar. Die politische Krise hat zu ersten Tumulten geführt, wobei es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Volksmenge kam. Es wurden Angriffe auf verschiedene Bureaus und Zeitungsredaktionen gemacht, die Polizeimächte demobilisiert und Straßensperren in Rußland gestellt. Schließlich wollte die Menge die Forderung nach dem Schloß des Fürsten Katsura einschlagen, wurde aber durch ein starkes Polizeiaufgebot daran verhindert. Soweit bisher bekannt ist, sind sechs Personen getötet und etwa 70 verwundet worden. Ein harter Druck wird auf den Fürsten Katsura ausgeübt, um ihn zum Rücktritt zu veranlassen.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke vom 11. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 766. Befindlich.
Thermometer + 7° R.
Thermometerapparat: Min. + 6°, Max. + 8°.
Barometer 73°.
Wasserstand + 2 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 12. Februar.

Westwinde; zeitweise aufsteigend; etwas kälter; vorwiegend trocken.

Wetterlage: Die plötzliche Annäherung des bereits im Abzuge befindlichen östlichen Tiefs hat eine Störung des Wetterverlaufes bedingt. Das Maximum des Druckes ist vorübergehend nach Westen zurückgetreten, wird sich aber innerhalb der Vorkriegszeit wieder östwärts ausbreiten. Infolgedessen ist zu erwarten, daß Wachen unter dem Einfluß eines zentralen Hochs gelangt, und stehen damit erneut Aufsteigerung und Abkühlung in Aussicht.

Dresdner Polizeibericht vom 11. Februar.

Von einem Straßenbahnwagen umgerissen wurde am Sonnabend, vormittags gegen 10 Uhr, am Terrassenufer ein sechs Jahre alter Knabe. Er erlitt eine starke Quetschung des Kopfes und eine Verletzung der Schädeldecke und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß der Kleine kurz vor dem ankommenden Straßenbahnwagen über die Geleise laufen wollte. Der Führer des Wagens konnte trotz heftigen Wrens das Umfahren des Knaben nicht verhindern.

Von einem Lastwagen überfahren wurde gestern nachmittags gegen 2 Uhr auf der Dohndorfer Straße ein 10 Jahre alter Knabe. Der Kleine hatte schwere Verletzungen davongetragen und mußte nach dem Johannstädter Krankenhaus übergeführt werden. Der Gefährlicher ist an dem Unfall schuldig.

Entmündigt durch Ausbleiben oder infolge eines Schwindel-anfalles hat heute gestern mittag ein mit dem Namen der Penner beschäftigter Handwerker aus der zweiten Etage eines Hauses des Schwanenviertels in den Vorgarten und erlitt dadurch einen Bruch des linken Oberschenkels und eine schwere Gehirnerkältung.

Letzte Telegramme.

Türkische Erfolge.

Konstantinopel, 10. Februar. Bezüglich der vorgestrigen und gestrigen Kämpfe zwischen Bulgaren und Gamsis gibt eine wohlinformierte türkische Quelle folgende Einzelheiten: Die Bulgaren nahmen auf einer ungefähr 1000 Meter hohen Anhöhe in der Nähe von Gramilo eine feste Stellung ein. Am 8. Februar begannen die türkischen Streitkräfte bei Tagesanbruch die feindlichen Stellungen anzugreifen, worauf der Feind zurückwich. Andere türkische Abteilungen, die von der Seite des Marmara-Meeres herankamen, zwangen die Bulgaren, noch weitere 6 Kilometer zurückzuweichen. Gegen 11 Uhr verminderte dichter Nebel die Fortsetzung des Kampfes. Als nach 3 Stunden, gegen 12 Uhr, der Nebel sich zerstreute, begann der Kampf von neuem. Nach einem energischen Angriff der Türken wichen die Bulgaren zurück und ließen ungefähr 800 Tote und Verwundete auf dem Felde. Infolge des Rebellis erlitten auch die Türken beträchtliche Verluste; dieselben werden auf 200 Tote und Verwundete geschätzt. Am 9. Februar griffen die Türken die bulgarischen Stellungen in der Nähe der Mündung des Flusses Kamal an. Der Kampf dauerte bis nachts. Die bulgarischen Streitkräfte wurden auf 8000 bis 10 000 Mann geschätzt. Es gelang den Türken, den Kanal zu überschreiten und nach Klementin vorzudringen. Die türkischen Truppen besetzten Myrisos und rücken dann bis Kachan vor, das sie ebenfalls besetzten. Türkische Patrouillen gelangten schon bei Murabli. Bevor die Türken in der Gegend von Gramilo ihren Erfolg errangen, erlitten sie eine kleine Schlappe; sie mußten sich bis Valair zurückziehen, konnten dann aber das bedrohte Terrain wieder gewinnen, erheblich vorrücken und, wie schon berichtet, den Fluss Kamal überschreiten. Nach einer anderen, noch nicht amtlich veröffentlichten Nachricht wichen die Bulgaren bis in die Nähe von Myrisos zurück. Die Türken machten zahlreiche Gefangene; man spricht von 1800, wovon 600 verwundet sein sollen. Die Regierung hat heute dem Kommandanten ein Telegramm übersandt, in dem sie ihn zu seinen Erfolgen beglückwünscht, wodurch die Stimmung der Truppen sehr gehoben ist.

Konstantinopel, 11. Februar. Die Porte wartet auf die definitiven Resultate, um die Nachrichten zu veröffentlichen; aber es heißt bereits, daß die türkischen Truppen an Boden gewonnen und schon einige bulgarische Gefangene gemacht haben. Die Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli dauern an. Die türkischen Truppen griffen die Höhen bei Gramilo an, vertreiben die Bulgaren und erobern zwei von den dort aufgestellten Kanonen. Islam meldet, daß vorgestern eine Abteilung türkischer Freiwilligen einen heftigen Angriff auf bulgarische Stellungen bei Tschalabtscha machte, die Drahtgitter durchbrach und in die Verschanzungen einrückte. Sie fügten durch Bomben den Bulgaren großen Schaden zu. Der Feind, der Verstärkungen erhalten hatte, versuchte die Freiwilligenabteilung, die nicht mehr als hundert Mann zählte, einzuschließen. Es gelang den Freiwilligen, durchzubrechen und ihre Toten und Verwundeten mitzunehmen. Der Feind verlor tausend Mann an Toten und Verwundeten. Als dann die Freiwilligen Verstärkungen erhielten, gaben die Bulgaren ihre Stellungen auf und ließen Kanonen und 300 Gefangene zurück, von denen 33 gestern hierher gebracht worden sind.

Im Adrianopel.

Konstantinopel, 11. Februar. Das Bombardement von Adrianopel hat wieder begonnen, war aber gestern verhältnismäßig schwach. Gestern nachmittags griff der Feind die Vorposten bei Demelot vor Adrianopel an und besetzte die Schützengraben, die ihm bei einem Gegenangriff aber wieder abgenommen wurden.

Montenegrinische Verluste bei Skutari.

Paris, 11. Februar. Nach einer Witterungsbildung aus Cetinje wurden in dem dreitägigen Kampf 125 montenegrinische Offiziere getötet oder verwundet. Zwei Seetern der Königin seien unter den Toten, einer ihrer Brüder unter den Verwundeten.

Die Folgen der deutschen Heeresvermehrung.

Paris, 11. Februar. Das Echo de Paris will wissen, daß infolge der von Deutschland geplanten Heeresvermehrung gestern im Ministerium des Aeußeren eine Konferenz stattgefunden habe, an der Ministerpräsident Briand, der Minister des Aeußeren Comarot, der Kriegsminister Etienne und der Finanzminister Klotz, sowie ein höherer Beamter des Kriegsministeriums teilnahmen. Hierbei wurde namentlich die Frage der Vermehrung der Artillerie und der Vergrößerung von Heereslagern erörtert, sowie verschiedene andere Projekte ins Auge gefaßt, welche den Gegenstand weiterer Beratungen bilden werden.

Ausländische Schiffsoffiziere.

Paris, 11. Februar. Bezüglich des zwischen der Schiffabriegelungsgesellschaft Fabre und ihren Offizieren ausgedrohten Zwistes wird aus Marseille gemeldet, daß die Offiziere des gestern aus Südamerika eingetroffenen Dampfers Venetia sich dem Auslande ihrer Kameraden angeschlossen haben.

Paris, 11. Februar. Nach einer vom Syndikat der Schiffabriegelungskapitäne abgehaltenen Beratung beschloßen die Offiziere der Gesellschaft Fabre, den Streit bis zur völligen Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen. Doch nahmen trotz dieses Beschlusses die Offiziere des Dampfers Germania ihren Dienst wieder auf.

Ju Poincarés Amtsantritt.

Paris, 11. Februar. Die Regierung hat beschlossen, den 18. Februar, den Tag des Amtsantritts Poincarés, für alle staatlichen Behörden und sämtliche Schulanstalten als Feiertag zu erklären.

Reid Geht.

Paris, 11. Februar. Nach einer Meldung aus Casablanca hat General Knauff beschlossen, den gefangenen Reid Geht in Algerien internieren zu lassen. Geht wurde mittels eines Militärautomobils nach dem Hafen von Fedalah gebracht, von wo er an Bord eines Kriegsschiffes nach einem bisher noch nicht bestimmten Orte befördert werden soll.

Scotts Witter.

London, 11. Februar. Die Witter des verunglückten englischen Forschers Scott befindet sich auf der Reise von San Francisco nach Anland. Man versucht, das Schiff durch Funkentelegraphie zu erreichen, um ihr den Untergang der Expedition mitzuteilen.

Ochoberrat eines preussischen Offiziers?

Berlin, 11. Februar. Eine Affäre, die geeignet ist, peinliches Aufsehen zu erregen, beschäftigt zurzeit, wie ein Gerücht wissen will, die Berliner Justizbehörde. Das Mitglied einer sehr bekannten preussischen Offiziersfamilie soll in der Witter der vergangenen Woche unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet und als Untersuchungsgefangener in das Reichsjustizgefängnis eingeliefert worden sein. Der Verdacht soll jedoch nach einer mehrwöchigen Haft gegen eine hohe Kaution gestern aus dem Gefängnis entlassen worden sein. Die Angelegenheit wird von den beteiligten Kreisen mit der größten Diskretion behandelt, so daß gestern Abend eine Befragung des Gerüchtes nicht mehr zu erlangen war. Wie geben das Gerücht daher unter allem Vorbehalt wieder.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Die beste Butter

ist im Geschmack, im Aroma und in ihren sonstigen für den Genuß in Frage kommenden Eigenschaften absolut nicht zu unterscheiden von der neuen Pflanzenbutter-Margarine „Aromin“.

Aromin besteht aus dem feinsten, mit frischer, süßer Vollmilch verbutterten Pflanzenfett, und so vorzüglich ist die Qualität dieses nach ganz neuem Verfahren hergestellten Produktes, daß selbst Fachleute sie bei einer Geschmacksprobe von feinsten Molkereibutter nicht unterscheiden konnten. Außerdem ist Aromin

um fast die Hälfte billiger

als gleichgute, d. h. beste Molkereibutter. Aromin ist in jedem besseren Geschäft hier am Platze zu haben.

eine Probe gratis

Wer uns auf einer Postkarte seine Adresse einsendet, erhält von uns sofort und portofrei zugesandt. Ueberall hat sich Aromin im Sturme die Gunst des Publikums und der Verkäufer erobert. Jede Hausfrau sollte es wenigstens probieren!

Aromin-Werke G. m. b. H.

Generalvertretung für das Königreich Sachsen: **Georg Krause**, Dresden, Johannisstr. 3. Fernr. 17327.

Reichenberg, Borsdorf u. Umg.

Mittwoch den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentl. Frauen-Versammlung

im Gasthof zu Boxdorf.

Tages-Ordnung:

Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Referentin: Frau **Elisabeth Röhl**, Berlin.

Mädchen, Frauen und Männer der arbeitenden Bevölkerung! Zeigt durch massenhaften Versammlungsbefuch, daß auch die Frauen zu ihren Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft dieselben Rechte verlangen wie die Männer.

Darum lautet nächsten Mittwoch überall die Parole: **Auf zu dieser wichtigen Versammlung.**

Jede über 18 Jahre alte Person hat Zutritt.

Oeffentl. politische Versammlung. Einberufen: Ernst Wagner, Borsdorf Nr. 19

Restaur. Kiehlmannsberg
84 Tharandter Straße 84
Inhaber E. Gängel, hält seine
Besalitäten - Getränke - u. Musik-
zimmer - bestens empfohlen.
Preiswertes Mittagstisch.

Gesellschaft Strzelewicz
Adresse: E. Strzelewicz
Dresden-Wachwitz Pillniger Str. 14.

Mutterspritzen
Hygien. Frauenartikel
Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Hippoldswasser Wasen

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen
Hausgrundstück
m. gr. Garten u. sehr gut gehendem
Wohnungsgeschäft m. Hausklosetz.
in Industrieort bei Dresden wegen
Zobelsack für 25 000 Mk. zu ver-
kaufen. Umsatz ca. 20 000 Mk. Ang.
6-7000 Mk. Restkosten erhalten
mit R. U. 50 nähere Mitteilung.
Schiffhülle freundlich u. sonnig
zu vermieten
Dr. Friedr. Bettnerstr. 14. I. B.
Al. matt. Weinhaus m. grünen
Stein. Sonntag v. 6 bis 8. Kauflich
berl. Geg. Tel. abg. 5. I. Heiser,
Nassaustr. Fischstraße 2. I. B. 61

4. Kreis. Bezirke Dresden-Neustadt.

Freitag den 14. Februar, abends 9 Uhr, im Ballhaus, Poststr. 35

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Vortrag des Landtagsabgeordneten Hermann Fleißner über: **Die Kulturprobleme der Gegenwart.** - Vereinsangelegenheiten. - Debatte.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Der Vorstand.

Zauberkünstler Bräuer
Feldschlösschenstr. 19
empfehlen sich wertigen Vereinen
und Gewerkschaften.

Mit Anfang dieses Jahres beginnen die Abonnements auf die **Wieserungswerte**
Hohenzollern-Legende, 50 Hefen, a 20 Pf.
Blut und Eilen, 50 Hefen, a 20 Pf.
Pfaffenherrlichkeit, 50 Hefen, a 20 Pf.
Geschichte der Revolutionen, a 20 Pf.
Kosmos jährlich 5.-
Jeder Zeitungsbesitzer nimmt Bestellungen entgegen.
Die Volksbuchhandlung.

Cafetin

ist koffeinfreier
Ersatz für Bohnenkaffee
reich an natürlichen Nährsalzen

und wird darum auch von
Ärzten empfohlen. Cafetin,
auch gemeinsam mit Kaffee
verwendbar, hilft Ihnen über-
dies sparen: es kostet pro
1/2 Pfd. nur 25 Pfg. Machen
Sie daher sofort einen Ver-
such. Cafetin ist bei jedem
Kaufmann zu haben. Vertr.:
Ernst Doerr, Teleph. 12179

Sie sind ein Affe

noch nicht im Circus Sarrasani gewesen? Dann gehen Sie dorthin, und sehen Sie, wie

Sarrasani

in die Lüste steigt! Nur im Circus L. 40/970

Telephon 17760 und 17812
sehen Sie derartige Konstellationen. Dazu in jeder Vorstellung:
Harry Morton, der Ausbrecher-König, das Saxon-Trio, die
stärksten Männer der Welt, und das andere Riesen-Programm.
Mittwoch den 10. Februar, 8 Uhr u. 7 1/2 Uhr
2 Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Nachmittags das komplette Abendprogramm.
Vorverkauf: An der Circuskasse, im Warenhaus H. Herzfeld
und in allen Zigarrogeschäften von L. Wolf.

Lichtspiele
„Deutscher Kaiser“
Leipziger Straße 112.

Metropol-Theater
Königsbrüder Straße.

Achtung!

In diesen zwei genannten Theatern gelangt zur Vorführung vom 11. bis mit 15. Februar:

„Die lustige Witwe.“

Nach der berühmten Operette, in 2 Akten.
Kuhbuden:
Das aussergewöhnliche, erstklassige Schlagerprogramm
und der diesjährige Dresdner Karnevals-Umzug.
In recht regem Besuch haben freublickt ein
Die Festher.

Männerchor Plauenscher Grund
(Sitz Potschappel).
Sonntagsabend den 15. Februar 1913
Faschings-Vergnügen
im Gasthof zur Holen Schänke
Aufgang 7 1/2 Uhr.
Werien Freunden und Gönnern einen genugsamen Abend
versprechend ladet ein
Der Vorstand.

Walerlehrling
für Ostern suchen **Stauch & Goltsohn**, Dekorationsmaler,
Niederlöhner, Admistrasse 8.
Für Honig
in Baden luche Abnehmer. 1 Post-
karte zur Probe 5.00 franko Nachn.
Dr. Sienensdörferstr. 3. Geyer &
Sohnverlag (Hamburg-Geis)

Agent a. jedem Ort gesucht
E. Jürgensen & Co., Zigarren- und
Zigaretten-Fabrik, Hamburg 22.

Gelogenheitskauf!
Vogt, Hauptstr. Weitzschstraße
6 Ude. Stadt 25 Nr. zur 16 Nr.
Volksbuchhandlung, 46. Poststr.

Zur Silbernen Hochzeit unserer Genossen
Alwin Jentzsch u. Frau
in Böhlaus die besten Wünsche.
Die Kinderschutz-Kommission des IV. Kreises.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
H. G. Sachs, Dresden-Kittlitz.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Karlheinz Gieseler, Dresden.
Zust. und Verlag: **Kobus & Komp.**, Dresden.

Sächliche Angelegenheiten.

Milde Militärjustiz.

Doch auch ein Kriegsgericht sehr milde in der Urteils-
fällung sein kann, hat man ja schon oft beobachtet, wenn sich
Offiziere oder auch Unteroffiziere zu verantworten hatten. Aber
hier ist das so zutage getreten als gestern, wo die be-
kannteste Leipziger Lehrerschaft die Anklage und
das konservative Vaterland mit seinem verantwortlichen
Redakteur, dem Major a. D. Weisner, vor dem Dresdner
Kriegsgericht in Anklagezustand versetzt waren. Das Blatt
hatte sich unter wütenden Ausfällen gegen die Leipziger Lehrer
erklärt, denen es nicht verzeihen konnte, daß sie sich an dem
Kampfe für ein freihändlerisches Schulgesetz lebhaft beteiligten.
Deshalb brachte das Organ des konservativen Landesvereins
im Sommer v. J. eine Reihe Artikel, die sich mit den
politischen Forderungen der Lehrer beschäftigten, sie waren
einer lauten Kritik unterzogen und glossiert worden. Die
Lehrer beschäftigten sich auch mit Vergleichen innerhalb des
Lehrervereins und beklagten die Disziplinar-
maßnahmen einiger Leipziger Lehrer. In der Nr. 13 des
Landesblattes vom 15. Juli v. J. erschien abermals ein Artikel,
betitelt mit „Der Leipziger Lehrerverein gegen
die Leipziger Bezirkschulinspektion“. Den Lehrern
wurde darin „wüste und unwürdige Agitation“ und
„Landeslosigkeit“ vorgeworfen und zum Schluß sprach
er sich gegen die „dieser Sorte Lehrer“. Außerdem ent-
hielt der Artikel Stellen, die einer Demütigung verurteilt
zu sein schienen. Durch diese Bemerkungen fühlte sich ein Teil
der Leipziger Lehrer beleidigt und der dortige Lehrerverein
erhob gegen den damals verantwortlichen zeichnenden Redakteur
Major Strauß einen Strafantrag. Das Zivilgericht erklärte sich
für unzuständig, weil Weisner Offizier des
Landesstandes ist, und überwies die Sache
dem Militärgericht. Die vom Leipziger Lehrerverein
gegen erhobene Beschwerde wurde zurückgewiesen.

Nach Verlesung des inkriminierten Artikels, der ganz
in Anklage stand, erklärte der Beklagte, daß er den Artikel
nicht verfaßt, wohl aber vor der Drucklegung gelesen habe.
Die Verteidigungsbefugnis habe ihm ferngelegen, außerdem
habe er den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) für sich
in Anspruch genommen. Mit dieser Sorte Lehrer seien nur die durch
den Artikel gemahnten Lehrer gemeint gewesen, die sich
nicht gekümmert hätten, trotz ihrer Wahrgelung ihre vorgelegte
Arbeit anzugehen. Die Maßregelungen seien von den be-
treffenden Lehrern als eine durch nichts begründete Maßnahme
angesehen worden. Auf Verfragen gab der Beklagte zu, über
den brennenden Punkt des neuen Volksschulgesetzes nicht
verhandelt worden zu sein, und will mit dem politischen Teil
des Landesblattes eigentlich nichts zu tun gehabt haben.

Der Anklagevertreter hielt eine Verleumdung durch die
„dieser Sorte Lehrer“ für vorliegend und beantragte
eine Verurteilung Weisners zu 10 W. Der Verteidiger Rechts-
anwalt Wising-Dresden meinte, es sei sehr unangenehm für
den Angeklagten, wenn er sich wegen einer durch die Presse be-
kannnten Verleumdung vor dem Militärgericht verantworten
müsse, bei der Gehörlosigkeit war Einstellung des Verfahrens
beantragt. Das Vaterland hätte sich noch „verhältnismäßig
ausgedrückt“. Er beantragte Freisprechung.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Das Gericht
erklärte, daß in der damaligen Zeit politischer
Erregung auf beiden Seiten manches bedenkenlos ausgesprochen
worden sei. In der Werbung „dieser Sorte Lehrer“ hat es
sich nicht um eine Verleumdung und Verächtlich-
machung gehandelt, aber den damaligen politischen
Stimmungen Rechnung getragen. Ausdragsgebend sei
es das mangelnde Bewußtsein der Ehrver-
letzung gewesen.

Aus dem Urteil spricht eine wunderbare Milde. Wie wäre es
nicht einem sozialdemokratischen Blatte ergangen, das von
dieser Sorte Offizieren gesprochen hätte? Dennoch wird das
Urteil niemand überraschen. Nachdem die Entscheidung glück-
lich auf das Militärgericht abgehoben worden war,
hatte jeder Einsichtige, wie es kommen werde. Bemerkens-
wert ist übrigens das Eingeständnis des Herrn Majors, daß
über die brennenden Punkte des neuen Volksschulgesetzes
nicht unterrichtet gewesen war. Da kann er doch auch
nicht gemußt haben, worum es sich eigentlich handelte.
Das beweist er so maßlos gegen die Lehrer losgezogen.
Er war er etwa nur — verantwortlicher Redakteur?

Nationaler Jugendheld und Morddäbe.

Die gestern bereits unter Plauen mitgeteilt, wurde von
dem dortigen Jugendgericht der Kaufmannslehrling Walter
Wald in Plauen wegen Ermordung und Ver-
leumdung seines Lehrkollegen Gade zu 15 Jahren
Zuchthaus verurteilt. In der Verhandlung wurde auch die
Einnahme des Mordes an der nationalen Jugend-
bewegung erwähnt. Unter anderem wurde mitgeteilt, daß
Wald als Mitglied der nationalen Jugendwehr Jung-
plauen eine Uniform für 11 M. angeschafft und das Geld
für unredliche Weise aufgebracht habe. Später ist er
Mitglied des katholischen Jugendvereins geworden. Als
er hatte er eine größere Summe unterschlagen und ver-
braucht. Um die fehlende Summe zu beschaffen, hatte er den
Mord begangen.

Der Angeklagte gab auf Verfragen vor Gericht unter
anderem an, daß die elterliche Erziehung sehr streng gewesen
sei. Jeden Sonntag mußte er zur Kirche gehen; außer-
dem vier bis fünf Stunden zum heiligen Abendmahle. Seine
Mutter war bei Jungplauen blieb seinen Eltern ver-
traut, aber weil er immer so sehr aufgereg-
t war, so forschten seine Eltern nach der Ursache und
erhielten ihm schließlich seine Teilnahme an den Freizeiten
in Jungplauen. Seine Lieblingslektüre waren die
„Hörspiele“, „Indianerbücher“, „Kriminalromane“ usw. Ganz
besonders aber betonte er wiederholt, daß ihn die Zugehörig-
keit zu Jungplauen mit den Wanderungen und Exkursionen
sehr aufgeregte habe. In Vorträgen, die in dieser
Jugendorganisation gehalten worden sind, sind die jungen
Männer auf die ehrenvolle militärische Laufbahn hingewiesen
worden in der frühesten (für uns allerdings kindlichen) Ju-
gend, daß sie Offizier (I) werden könnten. Im Ge-
heim hat er dann viel daran gedacht.

Diese Darstellung zeigt geradezu die Gemeingefährlich-
keit dieser Kriege- und Soldatenpieler im Jungplauen-

Gärten des Reichwertzuwachssteuergesetzes

Vom Kaufmann Charles in Gaißchen waren wegen
Veräußerung des Grundstücks Blatt 277 des Grundbuchs für
Neumarkt 4089 Mark Wertzuwachssteuer gefordert
worden. Der Erwerbspreis des Grundstücks hatte 21 000 M.
betrugen, der Veräußerungspreis 49 347 M. Er hat gegen die
Steuerabforderung Rekurs erhoben, indem er geltend machte,
dem obigen Erwerbspreise müßten noch 50 000 M. hinzuge-
rechnet werden. Bei der am 21. Dezember 1910 erfolgten
Zwangsversteigerung des Grundstücks, in der er letzteres er-
worben habe, sei eine Hypothek von 50 000 M. aus-
gefallen. Im Grundbuche sei zwar ein Kommerzienrat in
Leipzig als Hypothekentag eingetragen gewesen, indessen un-
rechtmäßig. Neue Hypothek habe Rekurrent letzterzeit von dritter Seite
übernommen und sie dem Grundstückseigentümer weitergewährt.
Der Kommerzienrat habe dafür nur die Bürgschaft übernommen.
Zur Vereinfachung sei gleich die Hypothek auf dessen Namen
eingetragen worden. Der Rekurs wurde verworfen auf Grund
von § 14, Abs. 2 des Reichwertzuwachssteuergesetzes, da E. als
Hypothekentag in Grundbuche nicht eingetragen
gewesen sei. In der hiergegen erhobenen Anfechtungsklage
wurde ausgeführt, der Rechtsstandpunkt des Oberverwaltungs-
gerichts sei zwar dem Rechtsmittel nicht günstig, dennoch wolle
man am vorliegenden Falle die Härte des Gesetzes vor Augen
führen. Es wurde nochmals dargelegt, daß ein wirklicher
Vermögensgewinn gar nicht in Betracht komme, daß die
Hypothek von 50 000 M. in der Substanz auf den bei
juristischen Personen hin nicht ausgeben worden sei.
Die Steuererhebung im vorliegenden Falle würde mit dem
Grundgedanken des Gesetzes in Widerspruch stehen, das nur
den unbedienten Wertzuwachs treffen wolle. Die strenge
Gesetzesauslegung habe bereits zur Folge, daß sich in den
Kreisen des Grundbesitzes die Stimmen vermehren, die eine
Änderung des Gesetzes verlangen, denn in Wirklichkeit würde
jetzt in vielen Fällen eine Wertzuwachssteuer erhoben, wo nicht
nur kein Gewinn, sondern tatsächlich ein Vermögensverlust
eingetreten sei. Das Oberverwaltungsgericht hat
die Anfechtungsklage kostenpflichtig abgewiesen und
begründet ausgeführt, der Senat habe keine Veranlassung,
von seinem bisher schon eingetommenen Rechtsstandpunkte ab-
zugehen, der nicht nur vom sächsischen Oberverwaltungsgericht
eingetommen werde, sondern auch von anderen Gerichten.
Und dies mit Recht bei der Bedeutung des § 1, der das all-
gemeine Prinzip des Gesetzes darlegt und seine näheren Aus-
führungen durch die folgenden Paragraphen erläßt.

Was geht da vor?

Das Sächsische Volksblatt berichtet: „Wie uns von
zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, fahndet die Gendarmrie
in den benachbarten Ortschaften Ober- und Niederplanitz
nach den Adressen der Gewerkschaftsvertrauens-
leute sowie sogar nach den Mitgliederlisten der
Gewerkschaften. Es wird uns versichert, daß die
Gendarmrie dabei selbst in die Betriebe hineingeht, um die
dort beschäftigten Arbeiter auszufragen. Was soll denn das
mit bezweckt werden? Sind wir denn in die Zeiten des
Sozialistengesetzes zurückversetzt, daß man so ungemein gegen
die Arbeiterorganisationen vorgeht? Wir können den Arbeitern
nur raten, jede Auskunft zu verweigern, denn die Gendarmrie
hat gar kein Recht, in dieser Weise gegen die Organisationen
vorzugehen. Selbstverständlich werden wir nach den Gründen
dieser ungewöhnlichen Maßnahme forschen und nicht verfehlen,
an geeigneter Stelle gegen dieses ungesetzliche Verhalten der
Veranlasser dazu Einspruch zu erheben.“

Auf welchen Auftrag mögen die Gendarmen behandelt
haben? Denn es ist doch nicht anzunehmen, daß sie in staats-
retterischem Uebereifer solche unverständliche Recherchen an-
stellen.

Eine große Gefahr

droht der Sozialdemokratie. Denn aus Chemnitz wird in der
bürgerlichen Presse folgendes gemeldet:

Am Sonntag fand unter großer Beteiligung aus
allen Kreisen eine Tagung des Verbandes deutsch-
nationaler Arbeitervereine statt, in der das Arbeits-
programm für die nächste Zukunft festgelegt wurde; dabei
wurde ein zu den nationalen Arbeiterorganisationen jeder
Art freundliches Verhältnis als wertvolle Aufgabe des Ver-
bandes erklärt und eine intensive Agitation in ver-
schiedenen, von der Sozialdemokratie zurzeit be-
sonders bearbeiteten Gegenden beschlossen.

Wenn's nun mit der bösen Sozialdemokratie nicht bald
alle wird, wird wohl kein Kraut mehr zu ihrer Vernichtung
gemachsen sein.

Auffällige Polizeimaßnahmen.

Aus Plauen teilen bürgerliche Blätter folgendes mit:
„Wirkame Maßregeln gegen Ausländer, die hier in der
Stadterweiterung Geschäfte gründen wollen, sind von Polizei
wegen endlich getroffen worden. Die neuerlichen Vorkommnisse
in unserer Industrie, die beträchtlichen Verlusten der galizischen
Juden Weißfeld und Kaluzhiner, zum Schaden dieser Städt-
machinenseliger, Zeichner, Rohstoffhändler und der gesamten
Stadter- und Spinnindustrie überhaupt haben dazu geführt.
Solche Ausländer, die hier den Handel oder die Hand-
fabrikation in Spitzen und Stickerien betreiben wollen, müssen
jetzt für jede Anmeldung 1000 M. Kaution und 500 M. für
jedes Familienmitglied hinterlegen. Einigen Ausländern, die
neu hier zureisten, ist bereits die Ausübung des Gewerbes
verweigert worden.“

Ein Urteil darüber wird ja erst möglich sein, wenn
Näheres bekannt wird. Das Verfahren der Polizei scheint aber
mit dem verwandt zu sein, das kürzlich gegen die amerikanische
Fabrik von Kaiser im Voglande unternommen und fast all-
gemein als ungerechtfertigt erachtet wurde.

Militärvereine gegen Konsumvereine.

Die Vogelländischen Nachrichten melden aus Trambach
im sächsischen Voglande folgendes:

„Den Vorständen der hiesigen Militärvereine sind die
amtlichen Listen der Mitglieder des neuerrichteten Konsum-
vereins zugehellt worden. Letztere haben sich, sobald sie einem
Militärverein angehören, nun zu erklären, ob sie dem Konsum-
verein weiter angehören wollen oder nicht. Im Bejahungs-
falle wird der Ausschuß aus dem Militärverein vollzogen
werden.“

Auch hier wieder erlauben sich die Militärvereine einen
Uebergriff, zu dem sie nicht das mindeste Recht haben. Es
ist dringend nötig, daß der Arroganz und dem Rückwärts-
drängen der Kriegervereine eine scharfe Grenze gezogen wird.

Ein milder Gemeinderat.

Vor wenigen Tagen wurde der Gemeindevorstand Fischer
in Bahrenbrand wegen Fälschung und Vernichtung von Ur-
kunden zu 6 Wochen Gefängnis und 30 M. Geldstrafe ver-
urteilt. Jetzt hat der Gemeinderat beantragt, den Mann
noch einige Monate als Gemeindevorstand zu beschäftigen und
für ihn ein Anabengesuch einzureichen. Da E. durchaus nicht
unserer Genossen gegen beide Anträge, die wohl als eine Ent-
wertung für die eifrige Sozialistenbekämpfung E. gelten sollen.

Burgstädt. Seit längerer Zeit beschäftigt man sich hier
mit der Errichtung eines Stadtbades. Die Mittel dazu
werden durch einen Fonds angeammelt. Im vorigen Jahre
hatte man schon von einer Dresdner Firma einen Entwurf
anfertigen lassen und 1500 M. dafür bezahlt. Die Kreis-
hauptmannschaft versagte aber die Genehmigung, weil eine
Neberschuldung der Gemeinde zu befürchten
sei. Das war schon eine eigenartige Begründung. Jetzt
fordert aber die Dresdner Firma noch 3046 M. für ihre
Pläne. Die Stadt ist bereit, vergleichsweise noch 1000 M. zu
zahlen. Das wird aber von der Firma rundweg abgelehnt.
Sie verlangt den vollen Betrag. Die Gemeinde wird zahlen
müssen, weil es der Kreis Hauptmannschaft gefiel, das Stadt-
bad zu verbieten.

Freiberg. Die Stadtverordneten stimmten dem Rats-
beschlusse zu, die hiesige Ortskrankenkasse I zu einer allge-
meinen Ortskrankenkasse im Sinne der neuen Reichs-
versicherungsordnung auszugestalten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Samstag vormittag überfiel
in Döbitz der Maurer-Schiffner seine 50 Jahre alte Stiefmutter in ihrer
Wohnung und verbrachte sie mit einem Hammer niederzuschlagen. Auf die
Hilfsrufe der schwerverletzten Frau eilte ihr Gatte herbei, der den
Schiffner ebenfalls mit dem Hammer bedroht wurde. Schließlich
flüchtete der Täter in eine Kammer, die er von innen verschloß.
Nur mit Mühe gelang es den herbeigeeilten Schülern, den Ver-
brecher in Haft zu nehmen. Er soll die Tat aus Rache ausgeführt
haben. — Einen Wochenanfall unternahm am Sonnabend in König-
brunn der 17 Jahre alte frühere Hilfsorgeschädigte und jetzige Fabrik-
arbeiter Hans Wittenberg auf seinem Meister, Kupfermeister Otto
Wächter. Nachdem die Werkstoffe nach 6 Uhr die Arbeitstätte ver-
lassen hatten, arbeitete der Meister noch mit L. Köplich Schlag dieser
dem Meister hinterwärts mit einer Lanzade auf den Kopf. Als der Meister
getroffen zurücktaumelte, holte L. zum zweiten Schläge aus, der aber nur
die Schulter traf. Der Ueberläufer ergriff hierauf hilflos die
Flucht. L. drängte ihn aber mit aller Gewalt dem Brennofen zu. Der
Meister wehrte sich mit aller Kraft. In wilder Hast floh der Ueberläufer.
Die Polizei konnte ihn tags darauf verhaften. Fischerberger war
ein eifriger Leser von Schandliteratur, die er sich meist von aus-
wärts bezogte. — Sonntag morgen wurde auf der Landstraße
zwischen Stremitz und Zeitz der Nachwächter August Böring in
einer Blaulack-Legende schwer verletzt aufgefunden. Neben ihm lag
ein zertrümmerter Omnibuswagen. Böring wollte während der Nacht
zu einem Nachbierfest in Stremitz ein Bier herbeiholen und
wurde, wie man annimmt, in der Dunkelheit von einem Auto-
mobil überfahren. Da Böring noch nicht betäubungsfähig
ist, konnte die Ursache des Unglücksfalls noch nicht ermittelt werden. —
Der Unteroffizier Schill von der 4. Kompanie des Infanterie-
Regiments Nr. 102 in Jittau hat sich erhängt. Er war als Wacht-
habender schlafend angegriffen worden und hatte verurteilt, sich durch
die Flucht einer Bestrafung zu entziehen, was aber ergriffen und
ins Garnisongefängnis eingeliefert worden, wo er seinem Leben ein
Ende machte. — Auf dem zur Königl. Grube Himmelstürk gehörigen
Gründau-Schachte bei Brand wurde der 58 jährige Zimmerling
Franz Heilig aus St. Michaelis in den 60 Meter tiefen Schacht und
war sofort tot. Heilig war mit zwei Gefährten beim Ausbessern des
Schachtes beschäftigt gewesen. Die Witwe Heiligs verlor ihren
ersten Mann auf dieselbe schreckliche Weise. — Die 32 Jahre alte
Ehefrau des Fabrikarbeiters Jense in Ringenhain bei Schöps-
walde hat sich in der Besinnung ertränkt. Das Motiv der Tat dürfte
ein Anfall von Geisteskrankheit sein. Außer dem Mann betrauern
vier kleine Kinder den Tod ihrer Mutter.

Stadt-Chronik.

Die Frau als Vormund.

Es ist etwa ein Menschenalter her, daß in Deutschland
die letzten Reste der sogenannten Geschlechtsvormundschaft
verschwand. Darunter versteht man die Vormundschaft über
die Frau als solche, also auch die über die unverheiratete
volljährige Frau. Und noch bis zum 1. Januar 1900 finden
wir im Gebiete des bayerischen Landrechts das uns heute
unmöglich anmutende Jüchtigungsrecht des Ehemannes
gegenüber der Frau gegenüber. Der Mann konnte seine Frau
erziehen und hierzu „angemessene Nahrungsmittel“ anwenden.
Unter bürgerliches Gesetzbuch ist so weit von dem Ge-
danken einer rechtlichen Minderwertigkeit der Frau ent-
fernt, daß es vielmehr die Frau als Vormund kennt.
Allerdings bringt das Amt des Vormundes einen so un-
angenehmen und tiefgreifenden Pflichtenkreis mit sich, daß
es bei der verheirateten Frau angemessen erschien, die
Interessen ihres häuslichen und mütterlichen Wirkungskreises
in Betracht zu ziehen. Deshalb bestimmte das Gesetz, daß eine
solche Frau nur mit Zustimmung ihres Mannes zum Vor-
munde bestellt werden soll. Würde das Vormundschaftsgericht
sie ohne Zustimmung ihres Mannes zum Vormunde bestellen,
so würde allerdings dennoch die Bestellung gültig sein.

Das Vormundschaftsgericht kann ferner eine Frau, die
zum Vormunde bestellt war, entlassen, wenn sie sich verheiratet,
selbst wenn ihr Mann mit der Vormundschaft einverstanden
ist. Es muß die Frau entlassen, wenn der Mann
dies verlangt, selbst wenn er früher zugestimmt hatte.
Ob dieses willkürliche Bestimmungsrecht des Mannes
gesetzgeberisch glücklich ist, darüber läßt sich streiten. Es
würde vielleicht besser gewesen, auch hier den Gedanken,
den unter Gesetzbuch sonst bei Ehegatten verfolgt, durchzu-
führen, daß nämlich die Bestimmung des Mannes dann recht-
lich wirkungslos ist, wenn sie sich als Mißbrauch des ehe-
männlichen Rechtes zeigt. Hier sehen wir noch Ueberreste des
früheren Rechtszustandes, der der Frau überhaupt die Vor-
mundschaft verschloß.

Auf der anderen Seite sehen wir ein Vorrecht der Frau
im § 1786. Unser Recht kennt im allgemeinen sogenannte weib-
liche Rechtswohlthaten nicht mehr. Das sind Vergünstigungen,
die die Frau mit Rücksicht auf ihre weibliche Schwäche ge-
nießt. Denn unter Recht hat sie im Prinzip ja eben für
dem Manne ebendartig. Es weh nicht von weiblicher
Schwäche. So erscheint uns die Vergünstigung des § 1786
als eine nicht vollkommen konsequente Kränkung des Geset-
zgebers. Wenn nämlich jeder andere Deutsche durch Ordnungs-
strafen bis zu 300 M., die wiederholt werden können, zur
Erfüllung der Vormundschaft gezwungen werden kann (wenn
er nicht gewisse Abhängigkeitsgrade hat), darf eine Frau

Gleichviel ob sie verheiratet oder unverheiratet ist, die Führung einer Vormundschaft ohne Angabe von Gründen ablehnen. Die Führung einer Vormundschaft durch eine Frau erscheint in unserm Anschauen als erheblicher Fortschritt im Rechtsleben.

Das städtische Submissionswesen

Ist schon oft Gegenstand lebhafter Besprechung gewesen. Seit Jahren sucht auch der Rat einen gangbaren Weg. Die Sache ist sehr schwierig, weil der Rat den Interessenten, den Lieferanten, entgegenkommen möchte, auf der anderen Seite aber doch die allgemeinen Interessen der Stadt zu wahren hat.

Die Feuerung und der kleine Haushalt

Die Bedeutung der abnormen Preissteigerungen für den kleinen Haushalt läßt sich erst jetzt, nachdem die erforderlichen statistischen Unterlagen geschaffen sind, in vollem Umfang übersehen. Es zeigt sich, wie die Arbeitsmarktsituation nach amtlichem Zahlenmaterial feststellt, daß die Kosten des Nahrungsmittelumschwandes in ungewöhnlichem Tempo gewachsen sind, und daß vorläufig noch keine Aussicht auf eine Milderung dieses vorkrieglichen Notstandes gegeben ist.

Staubplage im Wartesaal

Kaufer Bahnreisende wird es nachts beim Aufenthalt in den Restaurationen und Wartezimmern der Bahnhöfe schon unangenehm empfunden haben, wenn da während des Betriebs die Reinigung des Lokals ohne jede Rücksicht auf die Gäste vorgenommen wird.

Fußboden spucken! Und mit Recht. Diese Schilder wirken aber lächerlich, wenn das Publikum sogar in den geschlossenen Räumen auf die kritisierte Art hygienisch mißhandelt wird.

Eisenbahnverkehr Dresden-Coffeubaue

Zu der gestern erörterten Angelegenheit wird uns heute noch geschrieben: Zu der Absicht der Staatsbahnverwaltung, die Stationierung dieser Linie vom Hauptbahnhof nach dem Bahnhof Wettinerstraße zu verlegen, verhalten sich die Geschäftsbesitzer, vor allem auch Coffeubaue, merkwaardigerweise ablehnend.

Unfall. Auf der Reichstraße ist das dort wohnhafte 16 Jahre alte Hausmädchen Appold beim Versuch, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu springen, zu Boden gestürzt und so schwer aufgeschlagen, daß es einen Schädelbruch erlitt.

Vermisste Nachrichten. Ein Rekrut des Schützenregiments Nr. 108, der am Freitag früh ohne Urlaub die Kaserne verlassen und sich entfernt hatte, wurde nachmittags im Plauenischen Grunde aufgegriffen und dem Regiment wieder zugeführt.

4. Kreis. Für die Parteigenossinnen findet morgen Mittwoch, abends 9 Uhr, im Jugendheim, Oppellstraße 12, I., ein Diskussionsabend statt.

Bezirk Pieschen. Am Mittwoch, abends 9 Uhr, findet im Deutschen Haus der vierte Kursusvortrag des Genossen Sachs über Welthandel und Weltverkehr statt.

Kinderdankkommission Eriksen. Für große Kinder findet Donnerstag abends 8 1/2 Uhr ein Märchenabend im Jugendheim, Bergmannstraße 40, Hinterhaus, statt.

Bezirk Lößnitz. Den Genossinnen zur Kenntnis, daß Donnerstag den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, I., unser nächster Diskussionsabend stattfindet.

Gewerbegericht

Der Tischler Varsh übernahm vom Tischlermeister Barthel im Auftrag die Anfertigung eines Wäderschranks, für den 70 M. vereinbart wurden. Der Schrank wurde aber nicht fertig, und als keine Abschlüsse mehr gemacht wurden, ließ V. die Arbeit unvollendet liegen.

Der Tischlermeister Weichler hat bei der Firma Ernst Rosenfranz zwei Tage gearbeitet und dann aufgehört. Er bekam keinen Lohn und fordert diesen mit 9 M. Die Beklagte bestreitet, den Kläger im Stundenlohn beschäftigt zu haben.

Der Schneidermeister Lorenz behauptet, er sei von dem selbständigen Schneider Reubardt gegen 24 M. Wochenlohn engagiert gewesen. R. habe ihm nur 18 M. jedesmal bezahlt, und als er die restlichen 6 M. noch forderte, habe ihn R. auf eine Erbschaft verurteilt.

Der Tischlermeister Lorenz behauptet, er sei von dem selbständigen Schneider Reubardt gegen 24 M. Wochenlohn engagiert gewesen. R. habe ihm nur 18 M. jedesmal bezahlt, und als er die restlichen 6 M. noch forderte, habe ihn R. auf eine Erbschaft verurteilt.

Zu Unrecht abgegebene Invalidentversicherungsbeträge in Höhe von 19,15 M. fordert der Schlossergeselle Junge von der Schlossereinherrscherin Roden. Die Beklagte hat die Beiträge nicht bei den Lohnabrechnungen mit verrechnet.

Aus der Umgebung

Niedergerbitz. Zu dem vom hiesigen Schuldirektor veranstalteten Unterhaltungsabend, über den wir gestern berichteten, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Einer der eingeladenen Einwohner lehnte die Einladung ab mit dem Bemerkten, daß er für solche Sachen nicht zu haben sei.

Schulkindern (!) in die Wohnung und ließ sagen, der Direktor solle nur kommen. Man weiß nicht recht, ob der Herr Direktor jenen Einwohnern wirklich so mißverstanden und so gemeint hatte, es fehle ihm nur am nötigen Geld, oder ob die Behauptung der 25 J. eine verhörmende Antwort auf die Behauptung war, daß die Wohnung gegen dieses Gebaren eingelegt werden. Auf alle Fälle war es ungehörig. Schulkindern mit der Bitte um Beauftragung.

Niedergerbitz. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß im Vergleiche heute abend 8 1/2 Uhr eine wichtige Besprechung stattfindet. Das Erscheinen aller wird erwartet.

Tharandt. Die Automobillinie nach Harta und Spechtshausen ist vom Ministerium genehmigt. Der Betrieb soll am 15. März aufgenommen werden. Die neue Fahrgelegenheit wird vom Publikum freudig begrüßt werden.

Gerichtszeitung

Vandgericht

Als Opfer der Polizeiaufsicht

Bezeichnete sich der Schlosser Robert Emil Schöke, 16 Jahre alt, der Angeklagte in verschiedenen Jagdschlössern zugebracht, eine Anzahl Reize Gefährdungen mit untergebracht. Im Herbst vorigen Jahres erlitt er die Freiheit, und kurze Zeit darauf beging er wieder eine Reihe Straftaten.

Aus einer Zeitungsdirektion

Angelagt war der Geschäftsführer Friedrich Paul Schöke aus Markbach wegen Hausfriedensbruchs. In den Dresdener neuesten Nachrichten war eine Mitteilung über Sch. erschienen. Nach Ansicht Sch. war diese zu seinen Ungunsten abgefaßt; er begab sich einen oder zwei Tage vor dem 25. April in die Redaktion und verlangte eine Berichtigung.

Schöffengericht

Unterhaltspflicht des Gatten

Einen erbitterten Kampf mit dem hiesigen Armenamt führt der Postleutnant Carl Ernst Wilson Dese. Er wurde aufgefordert, zur Unterhaltung seiner Großmutter, die Armenunterstützung bezieht, Beiträge zu leisten. Im Jahre 1910 bezog er 40 M. Monatsgehalt und erklärte daher, daß er nicht in der Lage sei, hieron etwas zu zahlen.

Ein lächerlicher Streich

Die in Salzig geborene Johanna Marie Kubitz geb. Wastisch befand sich am 9. Januar in der Schenkwirtschaft Kramm und ließ dort den Bäckereimeister Remmelt ein Geldstückchen mit 65 M. Prämie. Die Polizei wurde gerufen und die Diebin auf die Hand gebracht.

Gewerbe

Der Kampf der Presse die Stromgebühren und der Oberlehrer, er habe Arbeitslosigkeit wegen der Verhandlungen treter der Böhmen darüber. Einbürgerung beim auch Herr der Arbeitslosigkeit wegen in der Verhandlungen treter der Böhmen darüber. Einbürgerung beim auch Herr der Arbeitslosigkeit wegen in der Verhandlungen treter der Böhmen darüber.

20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 8. Februar.

Schiffverhandlungstag.

Die Beratung der verschiedenen Anträge wurde unterbrochen und zunächst der Bericht der Kommission für die Neuordnung des Vertrags...

Votalee.

Die „Votalee“ der Firma Anton Reich...

Anland.

Die Erziehung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Solingen...

Lohnbewegungen.

Die Buchbinder in Chemnitz befinden sich in Tarifdifferenzen...

Dadurch entstehen noch größere Differenzen in den Löhnen, die für gleiche Arbeit bezahlt werden...

Parteiangelegenheiten.

Verhaftungen im Monat Januar 1913.

Im letztverflossenen Monat sind 18 gegen unsere Parteigänger verhängt worden...

Eine sozialdemokratische Kommunalzeitung.

Soll demnächst in Döberitz gegründet werden. Die Zeitschrift Die Gemeinde...

Ausschluss aus der Partei.

Vom Bezirksvorstand in Frankfurt a. M. wurde der Modellzeichner Ludwig Reutter...

Ein neues Organisationsmittel.

Die sozialistische Parteileitung im Verein mit dem sozialdemokratischen Jugendverband...

Briefkasten.

H. M. Hainberg. Ten Standesbeamten gehen solche Dinge nicht an und er darf solche Anträge nicht geben...

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 10. Februar 1913 zu Dresden.

Table with 3 columns: Schlachtvieh- und -zuchtart, Wertklassen, Marktpreis für 50 kg Lebend- / Schlachtgewicht. Rows include I. Rinder, A. Ochsen, B. Kühe, C. Kalben u. Säue, D. Ferkel, II. Schafe, III. Schafe, IV. Schweine.

Seitenantrieb: 4000 Tiere. Kaufspreise über Preis. Geschäftsgang: Bei allen Tiergattungen langsam...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Nachruhe in der Binnenschifffahrt.

Der Unternehmerverband für die Binnenschifffahrt versucht in der Presse die Verantwortung für den folgenschweren Kampf...

willigen rade, gewalttätige Elemente, und wenn diese sehen, daß sie...

Solche Vorfälle geben und das Recht, zu sagen, daß Richter und...

Abg. Weig (Zentr.): Gewiß werden unverständliche Urteile...

Siehe! verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag...

30. Sitzung. Für die Wärmestube gingen beim Gewerkschafts-

Beitrag 10. — Turnverein Oberpfefferweg 3. — Bezirk Wilsch...

Quittung. Für die Kinderdankkommission gingen ein: Straf-

Vereinskalender für Witwen. Melnarbeiterverband, Verwaltung Dresden u. l. Abends 8 1/2 Uhr

Tymians Thalia-Theater. Dresden. S. 6. Täglich 8.30 u. 11. Sonntag 3 Vorstellungen...

4. Kreis, Bez. Reichenberg, Vogdorf u. l. Abends 8 1/2 Uhr...

Briefkasten. D. B. Altenberg. Wenn Sie sich benachteiligt fühlen...

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 18. Gastspiel der weltberühmten australischen Tanz-Schönheit „Saharet“

Nur bis Ende Februar. verkaufe ich zu jedem annehmbaren Preis: Herren-, Borschen- und Konfirmanden-Anzüge...

Urban. der seh' ich jetzt ganz klar, putzt doch die Stiefel wunderbar! In Dosen aller Größen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Herrn-Wäsche. Krawatten, Blase Anzüge. E. Köhler, Am Seil 13.

Flur-Garderoben. echt Eiche von 15 M. an Größe Auswahl. Tränkners Möbelhaus, Görlitzer Str. 21/22.

Erste Dresdner Zentral-Bekleidungshalle. 13 Neue Gasse 13. 2 Min. vom Pirnaischen Platz.

Männer- u. Frauenleiden. Gorn, Mund-, Hals- u. Hautkrankheiten behandelt seit 18 Jahren.

Kingo Frauen. „Frauentee“, Kater 78 Pf. Weiberspritzchen, Spülkanne.

Sie sparen. die Hälfte, wenn Sie herkömmlich wenig getragene Kleider kaufen.

Man erhält also für Eine Mark. in Butter 0,56, in Palmone 1,00, in Palmin 1,33 Pfund Speisefett.

Bekanntmachung. Den geehrten Mitgliedern des Konsumvereins für Striesen und Umg. in Liq. zur Kenntnisnahme...

See-Forellen. E. PASCHKY. Lebensfrisch und direkt aus den Dampfern von reichen Flüssen wieder eingetroffen.

Möbel Zschoke. in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen beziehen Sie nur aus Wildstruff vom Genossen.

Lego-Hühner. 1912er Heißbrut, gute Eingelegte, in beliebiger Farbe, 12 Hühner u. 1 Gahn...

Damen. empf. bei. Splapparate, Kautspritzen, hyg. Spritzen und werden...

Achtung! Leuben! 31/2 bis 150 Str. gute Apfel sowie großer Vollen Speisefartoffeln...

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert Photograph Rich. Jähmig...

Haare. verkauft man direkt an die Haarmanufaktur Schloßstraße 191.

Dauer-Wäsche. R. Freisleben Postplatz. Man achte auf Firma.

Restier-Geschäft. wird anständigen Preisen unter günstig. Bedingungen eingerichtet.

Schuhwaren-Angebot. Schäfte für Konfirmanden. Rüd. Gottschalk.

Schuhwaren-Angebot. Schäfte für Konfirmanden. Rüd. Gottschalk.

Leben Willen Kunit

